Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 1. Sonnabend, den 1. Januar 1910. 14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Das Schicksal der Gesellschaftsordnung. — Keine gesetzliche Regelung der Tarifverträge. — Das Kleinpflaster. — Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. — Zu den Reformvorschlägen in unserm Verbande. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Wie ein Marmorbildwerk entsteht. — Tapfere Arbeiterfreunde. — Der 29. Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften. — Privatversicherung. — Rundschau. — An unsre Leser! — An die Steinarbeiterverbreiter! — Zur Beachtung! — Adressenänderungen. — Anzeigen.

Beilage: Gedicht: Neujahr. — Ohne sozialen Halt? — Die Entwicklung des Betonbaues und sein Einfluß auf die Arbeiterschaft. — Feuilleton: Steine und Gesteine. I. — Zur Organisationsreformierung. — Dringt auf Einhaltung der Bundesratsverordnung. — Von der Verrufserklärung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung. — Warum ich die Versammlung nicht besuchen kann. — Literarisches.

Das Schicksal der Gesellschaftsordnung.

Diejenigen, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung haben bezw. zu haben meinen, geraten entweder in hellen Zorn oder in eine Art Galgenhumor, wenn die Sozialdemokratie behauptet: diese staatliche, wirtschaftliche und soziale Organisation sei auf die Dauer unhaltbar, ihr Zusammenbruch in absehbarer Zeit sei unvermeidlich. Einen ganz besonders starken tragikomischen Eindruck macht auf uns immer das Bemühen der Presse der sogenannten „staatserhaltenden" Parteien, das Bürgertum zu „trösten" und ihm die Furcht vor dem Zusammenbruch, die in stets verstärktem Maße sich geltend macht, zu nehmen. Da wird spöttisch bemerkt, es sei ein höchst mißliches Ding mit dem „Prophezeien"; wiederholt sei ja sogar der Untergang der Welt nicht allein als nahe bevorstehend angekündigt, sondern auch von zahlreichen ängstlichen Seelen geglaubt worden; die Welt stehe aber immer noch. Ein Liberaler meinte einmal: um die Mitte dieses Jahrhunderts hätten die Gegner jeder Neuerung das „rote Gespenst" mit aller Bestimmtheit für das Jahr 1852 angekündigt, um die freier Gesinnten zu erschrecken, aber das Gespenst habe sich nicht sehen lassen; heute seien es die „Anhänger des Umsturzes", die mit demselben „prahlen"; der einzige Umstand, der zu Besorgnissen Anlaß gebe, sei der, daß innerhalb der Klassen, die an der Erhaltung der bestehenden Ordnung interessiert sind, das Bewußtsein nicht hinreichend verbreitet sei, „wie fest diese Ordnung steht", wie „berechtigt" sie ist und wie unmöglich es sei, „mit menschlichem Scharfsinn etwas zu erdenken, was an ihre Stelle gesetzt werden könnte". Eine andere Auslassung liberaler „Geschichtsphilosophie", die wir einmal lasen, geht dahin: der Wissenschaft fehle jedes Mittel, festzustellen, wie es in unserer irdischen Zukunft aussehen werde, gleichwie ihr jedes Mittel fehle, die überirdische Zukunft zu schildern; die Zukunft sei das „verschleierte Bild von Sais", und Torheit müsse es genannt werden, den Schleier lüften zu wollen.

Diese Art, mit der großen weltumfassenden und weltbewegenden Gesellschaftsfrage sich abzufinden, ist allerdings eine sehr bequeme, aber auch eine höchst unwissenschaftliche. Die „geschichtsphilosophischen" und „staatserhaltenden" Sozialpolitiker setzen das, worauf es nach Maßgabe der historischen Erfahrung und der vorhandenen Tatsachen ankommt für die Beurteilung und Entscheidung dieser Frage, ganz aus den Augen, während sie an die sogenannten „Zukunftsstaatideale" sich klammern. Wer weiß wie oft haben wir schon dargelegt, daß es dem Wesen der Sozialdemokratie durchaus nicht entspricht, Zukunftsstaatausmalerei zu treiben, eine neue Gesellschaftsorganisation bis in alle Einzelheiten zu entwerfen, gewissermaßen den kommenden Geschlechtern dekretieren zu wollen, unter was für Einrichtungen sie zu leben haben. Aber ganz etwas anderes ist es, wenn wir aus dem seitherigen Entwicklungsgange der Menschheit logische Schlüsse auf die Gegenwart und Zukunft ziehen. Alle menschlichen bezw. gesellschaftlichen Verhältnisse sind in beständigem Wandel, in steter Entwicklung begriffen. Im Bewegen und Werden ist kein Ende, die Natur hat ihren Fluch gehängt an das Stillestehen. Staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen, die im Altertum und im Mittelalter für notwendig und „unabänderlich" gehalten wurden, sind so vollständig dem Umsturz und der Vernichtung verfallen, daß es nur mit großer Mühe gelingt, uns in den Gedankenkreis zu versetzen, aus dem sie hervorgegangen sind. Eine Wirtschafts- und Sozialordnung, für die immer geraume Zeit die „Unantastbarkeit" und „Unabänderlichkeit" galt, hat die andere unter heftigen Katastrophen abgelöst. Ja, wir lernen aus der Geschichte, daß nicht nur die Gesellschaftsordnung des Altertums, sondern mit dieser auch die ganze Kultur des Altertums zugrunde ging, und die Menschheit von neuem anfangen mußte, sich emporzuarbeiten. Aus den Trümmern wurde nichts gerettet als die christliche Lehre von der Bruderliebe. Die Völkerwanderung mit ihren furchtbaren Stürmen und Kämpfen mußte kommen, um die Herausbildung einer neuen Gesellschaftsordnung, des Feudalismus, zu ermöglichen.

Wenige Jahrhunderte, und auch diese Ordnung, für deren Aufrechterhaltung eine allmächtige Hierarchie im Bunde mit den weltlichen Mächten, gestützt auf die tatsächliche rechtliche Unfreiheit der Massen eintrat, brach zusammen, um derjenigen Platz zu machen, die gegenwärtig, nach einer beispiellos schnellen und intensiven Entwicklung, in der Abwirtschaftung begriffen ist.

Alle diese ineinandergreifenden geschichtlichen Tatsachen sprechen so sehr dem Dogma von der „Unabänderlichkeit" der Gesellschaftsordnung Hohn, daß füglich selbst entschiedene Gegner des Sozialismus öfter sich genötigt gesehen haben, zu erklären, man müsse daraus den Schluß ziehen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein Zeitalter kommen werde, in welchem eine Wirtschaftsordnung bestehe, die sich von der gegenwärtigen ebensosehr unterscheide, wie diese von derjenigen des Mittelalters und des Altertums.

Es ist nicht Aufgabe der Sozialdemokratie, den kommenden Generationen ein ausgearbeitetes Staats- oder Gesellschaftsideal zu überliefern. Nein, ihre Aufgabe ist, der notwendigen und unvermeidlichen Entwicklung vorzuarbeiten, die derselben entgegenstehenden Hindernisse hinwegzuräumen, das Vorwärtsschreiten der Menschheit zu einem bewußten zu machen und die leitenden Prinzipien dafür aufzustellen. Das ist weit entfernt von Utopisterei. Keine andere Geistesrichtung weiß so sehr das tiefsinnige Wort Hegels: „Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit", zu würdigen, als gerade die Sozialdemokratie, weshalb es auch eine so erschreckliche Torheit ist, ihr zuzumuten, an die Stelle des Bestehenden den „sozialistischen Zwangsstaat" setzen zu wollen, sie der Absicht des „Umsturzes" zu beschuldigen, wobei man nicht unterläßt, das alberne Märchen von der „Vernichtung aller Kultur" aufzutischen.

Nicht die Verwirklichung der sozialdemokratischen Prinzipien, sondern der Widerstand der privilegierten Interessen dagegen, das Verharren bei der Herrschaft dieser Interessen bringt die Gefahr der Vernichtung kultureller Errungenschaften mit sich.

Diese Prinzipien sind nicht willkürlich konstruierte, nicht von einem „zügellosen Idealismus" diktierte, nein, sie sind und werden im Verlaufe ihrer weiteren Ausgestaltung mit strengster Logik und Konsequenz von der Macht der Tatsachen und als Resultat vernünftiger und objektiver Erwägung der menschlichen Rechte vorgeschrieben. Sonach kann auch nicht die Rede davon sein, daß wir, wie uns öfter entgegengehalten worden ist, die soziale Umwandlung „nach einem vorher und willkürlich festgestellten Plane" durchführen wollen. Wir haben aus der Geschichte gelernt, und wissen es nur zu gut, daß das eine arge Torheit sein würde. Aber unsere Gegner machen der entgegengesetzten Torheit sich schuldig: sie wollen nach einem willkürlichen Plane die notwendige Entwicklung verhindern.

Ist es denn wahr, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung noch „so sehr fest steht"? Ohne Zweifel hat sie noch Festigkeit genug, sich nicht aus der Welt hinwegdekretieren zu lassen; sie wird nicht über Nacht ihr Ende finden. Aber ihre innere Auflösung, ihr stetig und immer schneller fortschreitender Zusammenbruch vollzieht sich sichtbar unter unseren Augen. Wer diesen Auflösungsprozeß sehen will, der kann ihn sehen; die Symptome der Zersetzung, ihre Ursachen und ihre Wirkungen liegen offen zutage. Man beachte nur die Konzentration ungeheurer Kapitalien in den Händen Weniger, die Entstehung förmlicher kapitalistischer Dynastien, die ja selbst bürgerlichen Kreisen längst als eine Gefahr für Staat und Gesellschaft erschienen sind. Indem eine Scheidung der Gesellschaftsglieder in reich und arm, in Herren und Sklaven sich vollzieht, büßt die bestehende Ordnung die wichtigste Voraussetzung ihrer Existenz ein, nämlich die: daß im „freien Wettbewerb der Kräfte" jeder die Garantie für Eigentumserwerb habe. Fällt diese Voraussetzung — und sie ist längst gefallen, ohne daß sie jemals wirkliche praktische Bewährung gefunden hätte —, so fällt auch die Ordnung. Man glaube nicht, daß hier der Klassenstaat die Kapitalstyrannei brechen könne; Gewähr für ihre endgültige Beseitigung bietet allein nur die Beseitigung der ganzen bestehenden Wirtschaftsordnung, in der sie wurzelt, die Aufhebung des kapitalistischen Produktions- und Erwerbsprozesses. Eines Tages wird die Kulturmenschheit vor der zwingenden Notwendigkeit dieses Aktes stehen. Und eine bessere, gerechtere, vollkommenere Gesellschaftsorganisation wird die Erbschaft der Kulturerrungenschaften antreten, um der wahren Kulturentwicklung zum Heile aller dienen zu können.

Keine gesetzliche Regelung der Tarifverträge.

Die Rechtslage des Tarifvertrages in Deutschland ist so zerfahren, wie nur irgend möglich. Ein Tarifvertragsrecht besteht nicht und die Anwendung der bestehenden Gesetze auf den Tarifvertrag ist außerordentlich unterschiedlich. So weit bei den Unternehmern das Verlangen nach einer gesetzlichen Regelung des Tarifvertrages geäußert wird, handelt es sich im wesentlichen um die Haftbarmachung der Gewerkschaften mit ihrem Vermögen. Die Absicht liegt hier deutlich zutage. Den Scharfmachern ist darum zu tun, mit dem neuen „Recht" die Gewerkschaften zu erdrosseln. Die Tarifverträge sind aber ein wesentlicher Faktor im Wirtschaftsleben geworden und ihre gesetzliche Regelung keine einfache Arbeit. Die wirtschaftlichen Interessen drängen hierbei die bürgerlichen Parteien oft in die gerade entgegengesetzte Stellung. Auch der Regierung ist dieses Eisen etwas zu heiß, weshalb sie in einer offiziösen Korrespondenz erklären läßt:

> Der im vorigen Jahr im Reichstag dargelegte Standpunkt der maßgebenden Stellen ging in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der Arbeitgeber und auch der Arbeiterorganisationen dahin, daß der gegenwärtige Zeitpunkt noch keineswegs geeignet sei, in die augenblicklich so erfreuliche Entwicklung der Tarifverträge mit gesetzgeberischen Maßnahmen einzugreifen. Bei einer solchen könnte es sich naturgemäß überhaupt nicht um eine öffentlich rechtliche, sondern nur um eine zivilrechtliche Regelung handeln, indem den Vereinbarungen der Tarifverträge ein klagbares Recht verliehen wird. Dem stand bekanntlich bisher eine Bestimmung der Gewerbeordnung entgegen, deren Auslegung zu zwei entgegengesetzten Erkenntnissen des Reichsgerichts geführt hat. Es ist nun nicht zu verkennen, daß, wenn aus den Tarifverträgen ein klagbares Recht hergeleitet werden soll, diese nach Inhalt und Umfang eine Begrenzung erfahren müßten, die in die gegenwärtige durchaus gesunde Entwicklung eine Störung hineintragen würde. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß zurzeit etwa 8000 Tarifverträge in Deutschland in Geltung sind, und daß man bereits in einer ganzen Reihe von Gewerben von Orts- und Bezirkstarifverträgen schon zu nationaler Regelung übergegangen ist, wie sie früher nur das graphische Gewerbe kannte, so kommt doch darin eine Entwicklung zum Ausdruck, die einer gesetzlichen Einwirkung nicht bedarf. Auch sind gewisse Fragen, wie die Wirksamkeit der Tarifverträge auf die an der Organisation nicht unmittelbar beteiligten Arbeiter, noch nicht geklärt; und eine solche Klärung kann wohl allein die Praxis bringen. Eine weitere Voraussetzung für die zivilrechtliche Regelung wäre auch die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, deren Durchführung ebenfalls zu erheblichen Eingriffen in die Entwicklung der Gewerkschaften führen müßte, da mit der Verleihung von Rechten naturgemäß auch die Uebernahme von Pflichten in Bezug auf die Haftbarkeit verbunden wäre. Mit Rücksicht auf diese vielfach noch ungeklärten Fragen wird man daher nicht annehmen können, daß in absehbarer Zeit eine gesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens beabsichtigt ist.

Die Gewerkschaften werden sich also noch lange Zeit mit den zerfahrenen Rechtsverhältnissen des Tarifvertrages abfinden müssen. Statt des geschriebenen Rechts, das in der Rechtsprechung schon die vielseitigste Deutung erfahren hat, wird für die Einhaltung der erkämpften Tarife die Macht der Organisation zu sorgen haben, was ja am Ende nicht sehr bedauerlich ist, da eine kraftvolle und willensstarke Organisation für die Arbeiterschaft eine bessere Rechtsgarantie ist, als das beste geschriebene Recht in den Händen der Bourgeoisjustiz.

Das Kleinpflaster.

Im nächsten Jahre sind 25 Jahre verflossen, daß die erste Kleinsteinpflasterstraße in Deutschland fertiggestellt wurde. Seitdem hat das Kleinpflaster, wie es kurzweg genannt wird, die geniale Erfindung des Baurats Gravenhorst in Stade, seinen Siegeszug in alle Kulturländer der Welt angetreten. Wie einst im Altertum Rom auf dem Gebiete des Straßenbaues die vielfach unerreichte Lehrmeisterin der ganzen Welt gewesen, so ist es diesmal eine deutsche Erfindung, die in des Wortes bester Bedeutung der Welt die Wege gewiesen hat, die sie gehen — und vor allem fahren muß im Zeichen des riesenhaft gesteigerten Allgemeinverkehrs und besonders des Automobilverkehrs. Still und geräuschlos hat sich das Kleinpflaster die Straßen aller Länder erobert — in dieser Hinsicht das direkte Gegenteil seiner berühmten Vorgänger, der Römerstraßen. Diese kamen als Träger und Vermittler der Kultur erst in zweiter Linie in Frage. In erster Linie dienten sie den Zwecken der Eroberung und Unterjochung fremder Länder und Völker, auf denen mangels andrer Transportwege die Verbindung mit den römischen Truppen in den unterjochten Ländern in Europa und Asien aufrecht erhalten und ihnen das nötige an Nachschüben, Verpflegung usw. zugeführt wurde. Der Bau dieser Straßen in Feindesland war deshalb oftmals nichts weniger als geräuschlos und mit blutigen Kämpfen verknüpft. Er war auch wohl nicht zum wenigsten aus diesem Grunde das Werk von Söldnern, die so, Handwerker und Krieger zugleich, jederzeit in der Lage sein mußten, ihr Bauwerk gegen die anstürmenden Feinde zu verteidigen. Und selbst nach der Fertigstellung der Straßen hörten die Angriffe auf sie nicht auf. Deshalb waren sie von Etappe zu Etappe mit militärischen Wachtposten besetzt, die die oft wiederholten Versuche zur Zerstörung der Straßen blutig zurückweisen mußten, so wie in modernen Kriegen der eingedrungene Feind seine Verbindungen fortgesetzt gegen Zerstörungsversuche verteidigen muß.

Es handelt sich, wie schon gesagt, um eine geradezu geniale Erfindung. Verbindet doch das Kleinpflaster, richtig und zweckentsprechend hergestellt, fast alle Vorteile eines gegenüber sonstigem Steinpflaster wenig geräuschvollen Pflasters, ohne den Hauptnachteil aller geräuschlosen Pflasterarten zu besitzen: die enorm hohen Kosten. Für sehr viele und selbst größere Gemeinden verbietet sich die Einführung der modernen geräuschlosen Pflasterarten lediglich wegen der hohen Kosten. Im Gegensatz hierzu ist das Kleinpflaster nicht nur, wie schon erwähnt, ein ziemlich geräuschloses und fast gänzlich staubfreies, sondern auch relativ und absolut ein sehr billiges Pflaster; es stellt sich auf die Dauer sogar noch erheblich billiger als das Makadampflaster. Ohne diese geradezu außerordentliche Wohlfeilheit wäre es ja gar nicht möglich gewesen, wie es tatsächlich heute schon der Fall ist, tausend und abertausend Kilometer von Landstraße mit diesem idealen Pflaster zu versehen, und damit nach und nach die entsetzlich staubenden chaussierten Straßen zu beseitigen. Dabei kommt noch der weitere angenehme Umstand in Betracht, daß die alten Chausseen als Unterbau für das neue Pflaster benutzt werden können.

Der Erfinder dieses nahezu idealen Pflasters, Baurat Gravenhorst, ist am 1. Oktober 1909 in den Ruhestand getreten.

Wie schon so vielen Erfindern vor ihm, so ergeht es auch ihm: Obwohl seine Erfindung im besten Sinne des Wortes eine kulturfördernde ist, so ist der Name des Erfinders doch nur einem verhältnismäßig kleinen Kreise von Fachleuten bekannt. Man baut wohl eine Kaiser-Wilhelm-Straße und ähnliche Straßen, aber den Namen Gravenhorst, der dem modernen Straßenbau eine ganz neue Grundlage geschaffen und dem die moderne Menschheit zum großen Teile erst die Möglichkeit der vollen Ausnutzung ihrer modernen Verkehrsmittel verdankt — den Namen kennen nur wenige.

Anläßlich des bevorstehenden Jubiläums des Kleinpflasters plant der Verlag der „Wasser- und Wegebau-Zeitschrift" in Stade die Herausgabe einer Denkschrift* über das Kleinpflaster. Sie wird auch ein Vorwort des Baurats Gravenhorst enthalten, sowie eine Anweisung desselben zur Ausführung von Kleinpflaster auf Landstraßen usw. Außerdem bringt sie Angaben über die verschiedenen Arten der Ausführung des Unterbaues, die zu Kleinpflaster besonders geeigneten Gesteinsarten, Herstellung der Steine durch Hand und Maschine, Zwischenlagen, Verlegungsart, Fugenfüllung, Dauer, Herstellungs- und Unterhaltungskosten, Vorzüge und Nachteile sowie zweckmäßigste Verwendung des Kleinpflasters. Ferner soll die Denkschrift in einem Anhang die Auskünfte einer großen Anzahl von Stadtbehörden über ihre Erfahrungen mit dem Bau von Kleinpflasterstraßen enthalten. Bemerkt sei hier noch, daß sich der im vorigen Jahre stattgehabte erste Internationale Straßenkongreß einstimmig für Kleinpflaster als das beste Pflaster der Landstraße ausgesprochen hat.

Die Schrift dürfte auch unsern, in den Gemeindeverwaltungen und Parlamenten tätigen Vertretern bei der überaus wichtigen Frage des Straßenbaues, dem Schmerzenskind so vieler Gemeindeverwaltungen, manchen brauchbaren Fingerzeig geben.

Der Name des Bearbeiters, Professor Richard Krüger in Bremen, einer Autorität auf dem Gebiete der Straßenbauwissenschaft, dürfte dafür bürgen, daß das in Rede stehende Problem nach allen Seiten hin eine eingehende und jeder Kritik standhaltende Würdigung erfährt.

A. Knoll.

---

* Das Kleinpflaster. Seine Herstellung, praktische Bewährung und zweckmäßigste Verwendung. Verlag von G. Ostwald, Stade.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung.

Während der letzten Jahre haben die österreichischen Gewerkschaften wohl beträchtliche Erfolge im Lohnkampfe errungen, sie konnten es indes nicht hindern, daß zu gleicher Zeit auch die Warenpreise eine ganz ungewöhnliche Erhöhung erfuhren. Die Kaufkraft des Geldes sank und damit mußte auch die Lebenshaltung der breiten Massen eine Verschlechterung erfahren. Was die Arbeiter vor allem aufregte, war die ununterbrochene Steigerung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel. Geschützt durch die hohen Einfuhrzölle und gestärkt durch die staatlich geförderten landwirtschaftlichen Organisationen konnten die Agrarier mit den Preisen für Getreide, Milch, Vieh usw. nach Gutdünken in die Höhe gehen. Das führte schließlich zu einem offenbaren Notstand.

Es wäre die Aufgabe der Volksvertretung, des Parlaments, gewesen, der Lebensmittelverteuerung nach Kräften entgegenzuwirken. Bei der Zerrüttung der politischen Verhältnisse erwies sich indes das Parlament als unfähig, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. In fruchtlosen nationalen Zänkereien vergeudete das Parlament seine Zeit, während draußen die Massen des Volkes am Hungertuche nagen.

Nun versuchen die österreichischen Gewerkschaften einzugreifen. In Wien fand am 29. Oktober eine Plenarversammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner statt, in der Hueber über eine von den Gewerkschaften zu unternehmende Aktion gegen die Lebensmittelteuerung referierte. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, an die Unternehmer ein offenes Schreiben zu richten. Dieses hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

„Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft verweist auf ihren seit Jahren, im Wege der direkten Selbsthilfe, geführten Abwehrkampf gegen die wachsende Teuerung. Wer auf die Preisentwicklung der letzten zehn Jahre zurückblickt, muß die Tatsache konstatieren, daß die Preise für alle Artikel des Massenkonsums ununterbrochen anstiegen und so die Lohnsumme des Arbeiters von Jahr zu Jahr mehr entwerteten. Der Reallohn — und auf ihn allein kommt es ja an — ist herabgedrückt worden.

Der Kampf um die Lohnerhöhung, den die Gewerkschaften führten, kann deshalb kaum als ein Angriff betrachtet werden, er war vielmehr ein Abwehrkampf. Die erzielten Lohnerhöhungen waren auch keineswegs die Ursache der Teuerung. Man könne an einzelnen wichtigen Punkten ziffernmäßig nachweisen, daß der Lohn für das gleiche Erzeugungsquantum sogar gesunken sei.

Die Gewerkschaft kann nur von demagogischen Schwätzern, die Ursache mit Wirkung verwechseln, für die Teuerung der Produkte verantwortlich gemacht werden. Es gilt einen energischen Kampf gegen die allein schuldige agrarische Wucherpolitik zu führen. In diesem Kampfe haben die industriellen Unternehmer bis nun ihre Pflicht nicht erfüllt. „Energielos oder ohne Verständnis stehen sie den agrarischen Vorstößen gegenüber." . . . . Die Unternehmerschaft versteht nicht, daß die agrarische Begehrlichkeit vor allem immer wieder die Brandfackel der Lohnkämpfe in die Werkstätten wirft.

Die wucherischen Anschläge der Agrarier auf die Lebenshaltung des industriellen Volkes hören nicht auf, anderseits werden die reaktionären Versuche, das Parlament vollständig arbeitsunfähig zu machen gerade in dem Moment, wo es sich zu Taten gegen die Agrarier aufraffen sollte, immer heftiger. Darum stellen die organisierten Arbeiter fest: Uns werden neuerliche Kämpfe aufgezwungen, wenn die gesamte Unternehmerschaft ihre politische Pflicht gegen das Agrariertum nicht erfüllt. Wir erwarten von den Industriellen wie von den Gewerbetreibenden, daß sie endlich die Kraft aufbringen, auch ihre Stimme zur Geltung zu bringen und der Regierung wie ihren politischen Vertretern energisch klarzumachen: Des Lebens Notdurft geht allen anderen Sorgen voran. Wir erwarten, daß auch sie den Kampf gegen das Agrariertum und für die Handelsverträge, gegen die Teuerung und für die freie Einfuhr von Brotfrucht und Fleisch aufnehmen."

Dieses offene Schreiben wird von den Gewerkschaften aller Industrieorte den einzelnen Unternehmern, deren Organisationen und den kleingewerblichen Gewerkschaften übermittelt werden. Ob es seinen Zweck, die Industriellen zu einem entschlossenen Kampfe gegen den Agrarismus zu bringen, erreicht, ist sehr fraglich. Das eine aber ist sein Vorteil: Es stellt eindeutig fest, wer an der Teuerung die Schuld trägt und belastet die industriellen Unternehmer und die Agrarier vor aller Augen mit der Verantwortung für die Lohnkämpfe der Zukunft.

Zu den Reformvorschlägen in unserm Verband.

Soweit ich die Diskussion über die obige Frage in unserm Fachblatt bis jetzt überschauen konnte, habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß verschiedene Kollegen versuchen, die Arbeitslosenunterstützungsfrage mit der Hilfsarbeiterfrage gleichzeitig zu behandeln. Und ganz mit Recht. Ich stehe auf dem Standpunkt, wenn einmal angefangen wird zu reformieren, so mache man reine Wirtschaft und reformiere alles das, was die fortgeschrittenen Zeitverhältnisse als reformbedürftig erscheinen lassen.

Daß die Arbeitslosenunterstützungsfrage in unserm Verbande zur höchsten Notwendigkeit geworden ist, wird wohl niemand mehr bezweifeln wollen, außer denjenigen, die keine Arbeitslosigkeit kennen. Die Zahl derer wird aber verschwindend klein sein. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung erfordert von uns Kollegen erstens eine höchst solide, opferwillige und reelle Gesinnungsweise, zweitens, eine ausgeprägte, dem reinen proletarischen Empfinden entsprechende Solidarität.

Nun, haben denn die organisierten Steinarbeiter Deutschlands nicht schon des öfteren für andre Klassengenossen glänzende Resultate der Solidarität gezeitigt?

In der Nr. 50 des „Steinarbeiter" propagiert ja nun der Kollege L. W. in seiner Abhandlung zu dieser Frage den Gedanken der „fakultativen" Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Ich meine, davon lassen wir gefälligst die Hände weg. Eine Krankenkasse, die für sich nur kranke Mitglieder als Versicherte zählen könnte, wäre von vornherein naturgemäß zum Tode verurteilt. Genau so würde es einer eingeführten Arbeitslosenunterstützung in unsern Reihen ergehen müssen, die auf freiwilliger Beteiligung basierte. Also, ich meine, führen wir diese Unterstützung ein, so können wir das nur obligatorisch tun und treffen somit alle Kollegen.

Nun noch einige Worte über die so akut gewordene Hilfsarbeiterfrage. Ich erkläre im voraus, ich bin kein Gegner der Einverleibung. Im Gegenteil bin ich der Ansicht, daß diese Frage für die ferne Entwicklung unsres Verbandes nicht minder wichtig ist, wie die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Aber sehr kühl betrachte ich das angepriesene Allheilmittel, die Einführung noch niedrigerer Beitragsklassen zur Verwirklichung der Frage. Ich kann durchaus nicht finden, daß dadurch nun auf einmal unsre Mitgliederzahl sich verdoppeln oder verdreifachen könnte und die Einnahmen des Verbandes nur so hereinfließen, was ja sehr zu wünschen wäre. Vielmehr bin ich davon überzeugt, führen wir Unterstützungseinrichtungen ein, wie andre Verbände und schützen so unsre Mitglieder gegen alle vorkommenden Eventualitäten, wenigstens gegen die größte Not, dann werden die Steinbruchsarbeiter unsern Verbandseinrichtungen sicherlich mehr guten Geschmack und das nötige Interesse abgewinnen können, wie das bisher der Fall war.

Früher war die Organisation der Steinarbeiter Deutschlands, angeblich durch die niedrige Beitragsleistung, vollständig lahmgelegt. Damals hatten wir nicht nur qualifizierte, sondern auch sehr viel unqualifizierte Steinarbeiter, ja sogar die Platzschmiede usw. in unserm Verbande.

Da nun der im Jahre 1902 in Leipzig gegründete Zentralverband leider sich so auszubreiten nicht das Glück hatte, wie es doch sehr nötig wäre und wir alle von Herzen wünschten, so glaubt man jetzt nun nach mehreren Jahren, wieder zu dem Rezept der niedrigen Beitragsleistung greifen zu müssen. Sehr oft haben wir, keine Kosten scheuend, unsre Agitatoren, zum Teil doch sehr respektable Kräfte, ausgestattet mit gutem, zugkräftigem Material, allerdings in der Hauptsache ja nur mit theoretischem Material, hinausgesandt in die dunklen Bezirke. Aber die besten Referate haben nicht vermocht, wie man sieht, den gewünschten Erfolg zu bringen. Die Schuld nun hierfür voll und ganz unsern Beiträgen in die Schuhe schieben zu wollen, halte ich für verfehlt. Man weist auch auf andre Verbände hin, die ihre Erfolge niedrigen Beiträgen zu verdanken hätten. Ich will nun einmal auf die großen Zentralverbände der Metall- und Holzindustrie hinweisen. Diese haben jedenfalls keine niedrigeren Beiträge wie wir, und doch die Riesenerfolge. Im Metallarbeiterverbande sind bekanntlich so verschiedene Arbeiterkategorien vereinigt, welche, statistisch nachgewiesen, die erbärmlichsten bis zu den höchsten Arbeiterlöhnen aufweisen können. Dasselbe trifft auch vielfach in der Holzindustrie zu. Sie haben aber beide keine niedrigeren, ich möchte fast behaupten, höhere Beiträge wie wir. Und doch diese Riesenerfolge. Wie erklären sich denn diese Vorkommnisse? Ich habe während meiner früheren Tätigkeit Gelegenheit gehabt, soviele Agitatoren der verschiedensten Gewerkschaften Deutschlands kennen zu lernen und ihre Agitationsvorträge gründlich zu studieren. Spricht ein solcher Referent zum erstenmal in einer Versammlung vor einer noch indifferenten Zuhörerschaft zwecks Mitgliederwerbung, so gleicht der erste Teil des Vortrags über: Zweck und Nutzen der Organisation; die kapitalistische Ausbeutungsweise, wie die Arbeiter diese durch die Organisation beseitigen und ihre Lage verbessern können usw., einer dem andern aufs Haar.

Aber im zweiten Teil des Referats gehen sie gewöhnlich auseinander. Der Redner zieht ein kleines Büchel aus der Tasche (das Verbandsstatut) und setzt seinen aufmerksamen Zuhörern in verständlicher Weise auseinander, daß die Arbeiter außer den im ersten Teil geschilderten Vorteilen von ihrer Organisation auch pekuniäre, bare Vorteile zu beanspruchen haben, wenn sie ihre Pflichten erfüllt haben. Daß sie in den Tagen der Krankheit und in den schlimmsten Tagen ihres traurigen Daseins, wenn sie arbeitslos geworden sind und gar kein Einkommen zu erhoffen haben, eine angemessene bare Unterstützung erhalten, ohne bitten und betteln zu müssen, wogegen sie sonst vielfach der Armenunterstützung anheimfallen müßten.

Was konnten unsre Agitatoren bisher? Sie können ihre Zuhörer schließlich auf unsern minimalen Krankenzuschuß hinweisen und ihr Latein ist alle. Sie stecken ihr Büchel wieder ein und der Erfolg ist meistens gleich Null.

Bei diesem Abschnitt meine ich nun, da weist der Steinarbeiterverband noch eine große Lücke auf, die uns daran hindert, zu den Massen, um die es sich hier handelt, hinüber zu gelangen. Warum haben die Zentralverbände der Metall- und Holzarbeiter usw. diese mißliebige große Fluktuation in ihren Mitgliederkreisen fast vollständig beseitigen können? (Der Kollege Haug irrt sich hier gewaltig. Das Gegenteil seiner Behauptung ist zutreffend. Vor uns liegt das Jahrbuch des Holzarbeiterverbands von 1907. Dort heißt es auf Seite 94 wörtlich: „Im Jahre 1907 wurden 44 671 Mitglieder neu aufgenommen (1906: 63 059). Ein Vergleich mit dem tatsächlichen Stande der Mitgliederzahl am Jahresschluß 1907 ergibt, daß im Berichtsjahr 48 896 (1906: 41 483) Mitglieder dem Verbande wieder verloren gegangen sind. Die Fluktuation beträgt 33½ Prozent.

Die Metallarbeiter haben im Jahre 1908 108 407 Zugänge gehabt, aber trotzdem ist eine Mitgliederzunahme nicht zu verzeichnen. Allerdings hat diese Fluktuation wenigstens das eine Gute, daß die Eintrittsgelder, dann die paar geleisteten Wochenbeiträge den alten Verbandsmitgliedern zugute kommen. Der Metallarbeiterverband wird auf diese Weise immerhin über 300 000 Mark eingenommen haben. Die Redaktion.) Warum haben diese Massenverbände in der langen Zeit der die Arbeiter fast erdrückenden Krise ihren Mitgliederbestand, von kleinen Ausnahmen abgesehen, halten können? Wer will mit mir streiten, daß es nicht die Arbeitslosenunterstützung gewesen sei, die diesen Arbeitern in ihren schlimmsten Zeiten einen geradezu vertrauensvollen Rückenhalt an ihrer Organisation gewährleistet hat? Warum hat denn der Zentralverband der Steinarbeiter in derselben Zeit 1100 Mitglieder verloren?

Führen wir also nicht niedrigere Beitragsklassen ein, denn ich befürchte sehr, daß wir dadurch den Verband auf eine gefahrdrohende Bahn führen und uns allen einen schlechten Dienst erweisen würden. Meine Vorschläge gehen nun dahin und glaube ich, daß sie auch diskutabel sein werden: Lassen wir die Beitragsklasse von 45 Pfg. für die sogenannten Hilfsarbeiter als unterste bestehen, legen aber auf die tragfähigen Schultern etwas zu, ganz dem demokratischen Programm gemäß, erhöhen wir die nächste Klasse von 50 auf 60 Pfg. und die letzte von 55 auf 70 Pfg. Dafür läßt sich nach meinem Dafürhalten eine gleichfalls abgestufte, angemessene Arbeitslosenunterstützung bis zum Höchstbetrage von 9 Mark pro Woche jedenfalls durchführen. Dadurch würden unsre Referenten einen jedenfalls viel zugkräftigeren Agitationsstoff erhalten, und ich bin fest überzeugt, es ließe sich dadurch der Mitgliederkreis viel eher erweitern und die Frage der Hilfsarbeiter sich jedenfalls leichter lösen als durch niedrige Beiträge. Halten wir doch einmal den bekannten Grundsatz: Spare in der Zeit, so hast du in der Not, insoweit fest, daß wir sagen: Wir leisten, wenn wir in Arbeit stehen, einen dem Rahmen unsres Verdienstes entsprechend hohen Beitrag und der Verband gewährleistet uns dafür in der Zeit der Arbeitslosigkeit eine angemessene bare Unterstützung, auf Grund der wir dann über die größten Schrecknisse der Arbeitslosigkeit hinweggetragen werden. Ich meine, dadurch leiden wir Mitglieder kein Unrecht und der Verband wird wieder erstarken und blühen. Ferner wird das so notwendige Vertrauen der Mitglieder zum Verbande wieder ein freudigeres und regeres werden.

Also das Resumee meines Empfindens ist das: Die Hilfsarbeiterfrage kann nur, soll sie gedeihlich durchgeführt werden, mit der Arbeitslosenunterstützungsfrage in den Vordergrund gestellt werden. Davon bin ich voll und ganz überzeugt.

Leipzig. Th. Haug

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 2. Quartal 1909 fehlen noch aus folgenden Zahlstellen die Abrechnungen: Sackisch, Bielefeld und Bensheim; vom 3. Quartal 1909 fehlen noch: Ebersbach, Horka, Hardegsen, Osterholz, Pirmasens, Zweibrücken, Stuttgart, Schmie, Amerdingen und Solnhofen. — Die Ortsverwaltungen werden nochmals ersucht, doch endlich ihren Pflichten nachzukommen.

Korrespondenzen.

Cunewalde. Die Steinarbeiter des Lausitzer Gebirges sind im allgemeinen nicht verwöhnt durch zu üppige Löhne. Hervorragendes in Bezug auf ungünstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse leistet sich Herr Petasch aus Rodewitz. Seinen Arbeitern auf Kosul und Bielitzer Flur unterbreitete er am 4. Dezember durch Aufhängen eines Zettels in der Frühstücksbude ein unangenehmes Weihnachtsgeschenk. Er setzt die so wie so schon miserablen Löhne noch um 5 bis 10 Prozent herab. Der Quadratmeter Granitplatten muß jetzt aus rohem Material für 4.20 Mk. vom Steinmetzen hergestellt werden. Traurig sind die Betriebsverhältnisse bestellt. Arbeitsbuden sind gar keine vorhanden, so daß der Steinmetz sich sein Häuschen wie eine Schnecke selbst mitbringen muß, wenn er vor den Unbilden der Witterung etwas geschützt sein will. Auch die Frühstücksbuden weisen die größten Mängel auf, da sie als Lager- und Aufbewahrungsraum mit benutzt werden. Sitzplätze sind nicht genügend vorhanden. Ein Ofen ist vorhanden, aber um das nötige Brennmaterial kümmert sich der edle Herr nicht. Vor einigen Wochen fand im Bielitzer Betriebe eine Revision durch den Herrn Gewerbeinspektor statt, von einer Abänderung der Mißstände ist noch keine Spur. Nicht ganz ohne Schuld an den haarsträubenden Zuständen sind die Kollegen, die bis jetzt dort beschäftigt waren, selbst. Sie haben in den letzten Jahren gleichgültig bei der Firma den ungesetzlichen Zuständen zugesehen.

Frankfurt a. M. Die am 15. Dezember im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung war leider sehr schlecht besucht. Arbeitersekretär Heiden hielt uns einen sehr lehrreichen und aktuellen Vortrag über die geplante Reichsversicherungsordnung. Dem Redner wurde für seine lehrreichen Ausführungen lebhafter Beifall zu teil. Im 2. Punkt: Geschäftliches, teilte der Vorsitzende das Resultat der Urabstimmung über die Beitragserhöhung mit. Die Erhöhung wurde mit Zweidrittelmajorität bei schwacher Stimmbeteiligung abgelehnt. Weiter wurde das Abonnement auf das Unternehmerfachblatt „Der Deutsche Steinbildhauer" beschlossen. Einem schon längere Zeit kranken Kollegen wurden 20 Mk. aus der Kasse bewilligt. Im 3. Punkt wurde der Antrag des Kartells, zum Maifeierfonds pro Quartal und Mitglied 5 Pfg. abzuliefern, nach lebhafter Debatte, an welcher sich auch die Bildhauer beteiligten, gegen 3 Stimmen abgelehnt. Den Kollegen, insbesondere denen vom Platz Holzmann, möchten wir raten, künftig die Versammlungen etwas besser zu besuchen.

Görlitz. Am 11. Dezember hielten wir unsre Mitgliederversammlung im Restaurant Potsdamer Hof ab. Nachdem der Vorsitzende die Tagesordnung bekanntgegeben hatte, erstattete derselbe den Jahresbericht. Durch den Zusammenschluß der Zahlstellen Görlitz und Lauban gehören die Orte Kerzdorf, Heidersdorf und Linda zur Zahlstelle. Es kommen 9 Unternehmer im Bezirk in Frage: 1 Granitschleiferei, 3 Marmorschleifereien, 3 Bruchunternehmer, 6 Kleinunternehmer; im ganzen beschäftigen die Unternehmer 324 Kollegen, davon waren am Schlusse des 3. Quartals erst 63 im Steinarbeiterverband organisiert. Von den Kollegen sind 15 Steinmetzen, 16 Schleifer, 25 Brecher. Leider finden die Kollegen der Kleinunternehmer immer noch nicht den Weg zur Organisation. An der Statistik beteiligten sich 14 Steinmetzen und 12 Schleifer. Im Akkord arbeiteten 14 Steinmetzen und 12 Schleifer. Es gab 13 Steinmetzen, die über ein Jahr organisiert waren, sie verdienten in 290 Arbeitstagen 20 876.49 Mark oder 5.14 Mark im Durchschnitt für den Arbeitstag. Die Granitschleifer verdienten in 290 Arbeitstagen 16 763.70 Mark oder 4.79 Mark im Durchschnitt für den Arbeitstag. Durchschnittlich entfallen auf einen Arbeiter 290 Arbeitstage, das ergibt einen Jahresverdienst von 1491.17 Mark für Steinmetzen, desgleichen für Granitschleifer 1391.97 Mark. Acht Kollegen erreichten diesen Durchschnittslohn nicht. Von dem Jahresverdienst gehen außerdem noch 70 bis 80 Mark für Schleifmaterial ab, für Instandhalten des Werkzeuges bei den Granitarbeitern 100 Mark. Von den an der Statistik Beteiligten waren 21 verheiratet mit 41 Kindern, 10 sind ledig. Das Durchschnittsalter betrug 29 Jahre bei den Steinmetzen, 35 Jahre bei den Schleifern, 7 Kollegen waren 140 Tage krank. Diese Statistik betrifft nur die Zahlstelle Görlitz. 250 Arbeiter arbeiten in den Basaltbrüchen meistenteils im Akkord. Erreicht wird ein Jahreslohn von ungefähr 700—800 Mark; der Stundenlohn beträgt 24 Pfg. 42 Marmorschleifer und Hilfsarbeiter stehen dem Verbande noch fern. Sie bilden das Hindernis, das Bleigewicht für die Kollegen, die menschenwürdigere Verhältnisse schaffen wollen. Zu begrüßen ist es, daß die Redaktion endlich Schritte getan hat, um auch das Heer der Hilfsarbeiter dem Verbande zuführen zu können. Was in den fünf Redaktionsartikeln zum Ausdruck gekommen ist, können wir vollinhaltlich unterschreiben. Der Kassierer gab einen kleinen Ueberblick über die Kassenverhältnisse, die als sehr gute bezeichnet werden können, da wir durch Einführung des Lokalzuschlags ein großes Stück vorwärts gekommen sind. Beim 2. Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des Gesamtvorstandes, kam es zu sehr erregten Debatten. Wiedergewählt wurde Kollege Spantig als 1. Vorsitzender, Kollege Exner als

2. Vorsitzender, Kollege Fellmann als Kassierer und Kollege Pohlner als Schriftführer. An Stelle des ausscheidenden Revisors Hentschel wurde Kollege Fuste gewählt. Im Verschiedenen wurden noch einige innere Angelegenheiten erledigt.

Kirchheim. Am 10. Dezember tagte eine sehr gut besuchte Monatsversammlung. Der Karteldelegierte berichtete, daß für die Ausgesperrten in Schweden 375 Mk. abgeschickt wurden. Zur Errichtung einer Gewerkschaftsbibliothek in Heidingsfeld soll jede Zahlstelle Mittel zur Anschaffung der Bücher bewilligen. Zu Beisitzern zum Schiedsgericht der untern Verwaltungsbehörde sind gewählt: Schönherr, Gätz und Kollege Pfeuffer. Was die örtlichen Verhältnisse anbelangt, so laufen doch immer wieder die gleichen Klagen ein über die übermäßige Wuchterei auf den verschiedenen Werkplätzen. Da die Preise so nicht glänzend sind, so ist die Prüglerei auch nicht das Mittel, dieselben zu verbessern. Schon im Interesse ihrer Gesundheit sollten die Kollegen dies beherzigen. Weiter beschließt die Versammlung, jedem durchreisenden Kollegen von Weihnachten bis Neujahr ein Geschenk von 2 Mk. zu verabreichen.

Kleinrinderfeld. Am 12. Dezember fand unsre diesjährige Generalversammlung statt. Beim 1. Punkt ermahnte unser Vorsitzender die Kollegen, besser und eifriger zur Versammlung zu kommen. Es müsse mehr Brüderlichkeit und Einigkeit gezeigt werden. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: Als 1. Vorsitzender fungiert August Linsenbreder; als Kassierer Franz Geiter und als Schriftführer Karl Appel. Revisoren sind Georg Dürr und Ludwig Hörner. Beim Punkt Verschiedenes wurde eine heftige Debatte geführt betreffs des Platzes Haas, weil dort die Kollegen das Steinbrechen und Steinbossieren in Akkord unternehmen wollten. Im Sommer hatten die hiesigen Kollegen schon einen Akkord übernommen, stellten ihn aber wieder ein. Sie haben jetzt einen Lohn von 46 Pfg. pro Stunde. Diesmal sind es die Kollegen aus Randersacker, welche Akkord machen wollen. Wir dulden das nicht. Damit wurde unsre Versammlung geschlossen.

Ober-Neukirch (Lausitz). Unter recht traurigen Arbeits- und Lohnverhältnissen haben die Kollegen bei der Firma Gustav Semrau im Steinbruch auf dem Pycho noch zu leiden. Herrn Semrau scheint noch nicht einmal die im Jahre 1902 in Kraft getretene Bundesratsverordnung bekannt zu sein, von der im Jahre 1909 verbesserten ganz zu schweigen. In der aus Brettern zusammengebauten Frühstücksbude ist der Aufenthalt während der Pausen für die Arbeiter nichts Angenehmes, besonders im Winter oder bei Regen- und Tauwetter. Es sind in den Wänden Löcher und Fugen vorhanden, daß der Wind überall durchpfeifen kann und die Arbeiter ständig dieser ungesunden Zugluft ausgesetzt sind. Das Dach ist in einer Beschaffenheit, daß es bei Regen- oder Tauwetter den Arbeitern gar nicht möglich ist, auf mehreren Plätzen ihr karges Mahl einnehmen zu können, wenn sie nicht der Gefahr ausgesetzt sein wollen, dabei durchnäßt zu werden. Auch kann von einer Durchwärmung dieser elenden Hütte gar keine Rede sein. Trotzdem Herr Semrau in der Nähe des Bruchs Waldung besitzt, ist sehr wenig Brennmaterial vorhanden, da er zu diesem Zweck kein Holz abschlagen läßt, und so sind die Arbeiter oft gezwungen, sich solches auf eigne Faust zu verschaffen. Daß unter solchen Umständen die Gesundheit der Arbeiter außerordentlich geschädigt wird, müßte auch Herrn Semrau einleuchten, doch scheint er wenig Verständnis dafür zu haben. Wird nun einmal ein Arbeiter krank und kommt nach einem Krankenschein ins Kontor (Semrau hat nämlich Betriebskrankenkasse), so wird er oftmals recht unsanft angefahren und ihm in etwas versteckter Weise zu verstehen gegeben, daß er nur die Krankenkasse ausnutzen will. Die Kollegen müssen aber immer derartiges über sich ergehen lassen, wenn sie nicht der Gefahr ausgesetzt sein wollen, auf die Straße geworfen zu werden. Noch trauriger ist es um die Schutzdächer bestellt. Diese alten, aus Stroh hergestellten Buden befinden sich in einem derartigen Zustand, daß es den Arbeitern bei schlechter Witterung fast unmöglich ist, darunter zu arbeiten. Daß Herr Semrau überhaupt verpflichtet ist, die Schutzdächer auf seine Kosten herstellen zu lassen, scheint ihm ganz unbekannt zu sein. (!) Da es nun aber den Kollegen bei den miserablen Löhnen, welche Herr Semrau zahlt, nicht mehr möglich war, das dazu nötige Stroh zu kaufen, um die Buden auszubessern, sind sie jetzt in einen Zustand verfallen, daß man glaubt, daß sich der Unternehmer selbst davor schämen müßte. Es wird höchste Zeit, daß Herrn Semrau von seiten der Gewerbeinspektion klar gemacht wird, daß auch er verpflichtet ist, die bestehenden Gesetze zu respektieren. Wenn nun aber Herr Semrau glaubt, diese Lasten den Arbeitern aufbürden zu müssen, so könnte man annehmen, daß auch die Löhne danach sind. Dieses ist aber durchaus nicht der Fall. Sind schon die Preise für die Werkstücke bei den Steinmetzen in dem nicht weit entfernten Demitzer Granitgebiet keine hohen zu nennen, so sind bei Herrn Semrau noch viel niedrigere Löhne zu verzeichnen und die Arbeiter wissen oft nicht, wo sie das Notwendigste zum Leben hernehmen sollen. Dazu kommt noch, daß die Steinmetzen oft 1 bis 2 Tage auf ein Werkstück für 3 bis 4 Mk. warten müssen, was selbstverständlich noch extra Lohnausfall bedeutet. Und so ist es den besten Arbeitern nicht möglich, in 14 Tagen über 25 bis 30 Mk. zu verdienen, wovon sie noch Werkzeug und Schärfe selbst bezahlen müssen. Um die Pflastersteinarbeiter ist es nicht besser bestellt. Diese haben vielfach nicht das beste Material zu verarbeiten. Herrn Semrau scheint es aber gleichgültig zu sein, wie seine Arbeiter ihr Dasein fristen. Leider ist es unsern Kollegen bis jetzt noch nicht möglich gewesen, den Gelüsten dieses Herrn Unternehmers entgegenzutreten, da bis vor kurzem von einer gewerkschaftlichen Organisation keine Rede war. Nun, das ist jetzt anders geworden.

Reichenbach (Odenwald). Am 19. Dezember fand hier eine sehr schlecht besuchte Versammlung statt. Es waren nur 26 Kollegen erschienen, trotzdem die Zahlstelle gegenwärtig 140 Mitglieder zählt. Das war also die schlechtestbesuchte Versammlung seit Gründung der Zahlstelle. Ist das nicht eine Blamage für Reichenbach, wo doch diese Zahlstelle durch Pünktlichkeit und Organisationstätigkeit in erster Reihe gestanden hat. Auch die Drückebergerei bei Vorstandswahlen ist sehr im Gange. Mehrere Kollegen lehnten einfach ab, Aemter zu bekleiden. Solche Vorkommnisse sind einfach skandalös zu nennen. Bisher waren uns solche Erscheinungen erfreulicherweise noch erspart geblieben. Das tonangebende Werk am Orte hier ist dem Verbande der Granitschleifereibesitzer beigetreten, Kollegen, da heißt es auch unserseits, auf der Hut zu sein. Hoffentlich ist die nächste Versammlung besser besucht.

Wiesbaden. In der Generalversammlung am 14. Dezember im Gewerkschaftshaus wurde zunächst das Gesuch eines erkrankten Kollegen um eine Unterstützung aus der örtlichen Kasse abgelehnt. Er hat sich als Lediger der Ueberweisung ins Krankenhaus durch die Ortskrankenkasse nicht gefügt und sich dadurch 72 Mk. Krankengeld verscherzt. Die darauf folgende Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der seitherigen Vorstandsmitglieder; der Jahresbericht erfolgt in nächster Versammlung. In Gewerkschaftlichem wurde, nachdem einige die breite Oeffentlichkeit nicht interessierende Angelegenheiten erledigt waren, über die Hilfsarbeiterfrage diskutiert. Es wurde anerkannt, daß die Leitartikel, die diese Materie eingehend behandelten, dem nächsten Verbandstage eine sehr gute Unterlage abgeben. Die Artikelserie hat uns gezeigt, in welcher Weise sich die Steinindustrie entwickelt hat. Hoffentlich kommt auf dem Verbandstag eine dementsprechende Regelung zustande. Nicht allein nur für die Bruchbezirke ist es von großer Wichtigkeit, die Hilfsarbeiter unserm Verbande zuzuführen, auch für die Städte hat die Frage nicht zu unterschätzende Vorteile. Hier liegen hauptsächlich bei den Marmorarbeitern die Dinge so, daß bei der Verwendung von Maschinen mindestens ebensoviel ungelernte wie gelernte Arbeiter beschäftigt werden. Bei ausbrechenden Differenzen kann sich dann jeder die Sachlage selbst vorstellen. Eins nur ist bis jetzt nicht angeführt worden, nämlich ob in Zukunft mehrere Klassen in den Zahlstellen eingeführt werden können. Das ist unbedingt nötig. (Selbstredend müssen in Zukunft in den einzelnen Zahlstellen mehrere Beitragsklassen eingeführt werden, sonst hätte ja die beabsichtigte Reform keinen Zweck. Redaktion.) In der nächsten Versammlung wird über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung debattiert werden. Wir hoffen, daß die Versammlung sehr gut besucht wird.

Wie ein Marmorbildwerk entsteht

schildert Professor Adolf Brütt in dem Weihnachtsheft der illustrierten Halbmonatsschrift Nord und Süd. Der bekannte Bildhauer, dessen Mommsen-Denkmal erst vor kurzem in Berlin enthüllt wurde, läßt sich in einem Briefe an den Herausgeber folgendermaßen vernehmen: „Es gibt verschiedene Methoden, eine in Ton modellierte und in Gips abgegossene Plastik in Marmor zu übertragen, und die bequemste und von den meisten Bildhauern angewendete ist: die Marmorarbeit an einen geschickten Marmorbildhauer zu verweisen. Dieser vertraut neuerdings die ganze Arbeit einer Maschine an, die, auf dem System des Storchschnabels beruhend, ihre Arbeit so vorzüglich versteht, daß der Bildhauer den einen Millimeter starken Ueberschuß an Marmor, den die Maschine an der Oberfläche stehen läßt, ohne Mühe mit Raspel und Sandpapier entfernen und so die Arbeit vollenden kann.

Mühsamer war die ältere Methode, die darin bestand, daß der Marmorarbeiter mit drei Zirkeln, durch Kreuzschlag von zwei Punkten aus und Tiefenbestimmung durch den dritten Zirkel, nach und nach Punkte in dem Marmor durch Fortarbeiten des Bossens fixierte, die den auf dem Gipsmodell mit Bleistift angegebenen genau entsprachen. Eine mühsame und sorgfältige Arbeit, wenn man bedenkt, daß die Punkte, über das Ganze verteilt, in Zwischenräumen von ein bis drei Zentimetern genommen werden müssen. Eine Sklavenarbeit! Nachdem die Punkte stehen und der Bossen mit dem Zahneisen von einem zum andern entfernt ist, beginnt die Ausführung, die wiederum meistens dem geschickten Marmorarbeiter überlassen wird, der sich genau an das Modell hält.

Diese beiden Methoden wende ich bei Denkmälern an; denn die eigenhändige Ausführung der großen Figuren würde hier zu viel Zeit und Kraft erfordern. Aber Köpfe und Hände mache ich selber.

Nun zur dritten, ältesten und schwierigsten Methode: dem freien Aushauen ohne Maschine und ohne Punkte, meist auch ohne Hilfsmodell, frei nach der Natur. Das kann der Künstler nur selbst und wird es nur an seinen freien, idealen Werken ausüben, — wenn er es kann.

Diese Arbeitsweise, die von den Griechen und später von Michelangelo und andern Renaissancemeistern mit höchster Meisterschaft geübt wurde, macht den Künstler erst zum wirklichen Bildhauer. „Die andern sind Modelleure", sagt Adolf Hildebrand mit Recht.

Beherrscht man den Marmor endlich durch lange Uebung, dann beginnt erst das Schwelgen und die höchste Lust in der Formgebung, zugleich eine aufregende und sehr anstrengende Tätigkeit. Denn der Marmor braucht schwere Hiebe, und nur eine feste Faust kann ihn zwingen, sein Bestes herzugeben, und doch ist es, als freue er sich der Erlösung.

Wenn man es soweit gebracht hat, dann erst versteht man die Größe Michelangelos ganz und beugt sich vor ihm in tiefster Verehrung. Welche Muskelkraft, welche Formvollendung und dabei welche bis ins tiefste Innere dringende Stimmung in seinen Werken! Es ist meiner Ansicht nach Spielerei, nach jetzt beliebter dekadenter Weise mit verschwommener, ungeschickter Formgebung Stimmung zu erzielen. Das kann jeder mit Empfindung und Stimmung begabte Dilettant. Aber wie Michelangelo trotz vollendeter Form zur Seele Dringendes zu schaffen, das ist Meisterschaft, und das ist unsterblich.

Nun zur Sache.

Die älteste Methode, seine Gedanken, oder besser Empfindungen, in Marmor zu übertragen, wurde so gehandhabt, daß man sich bei komplizierten Entwürfen ein kleines oder großes Hilfsmodell aus Wachs oder Ton machte, um mit wenig Zirkelmessungen über den Marmorblock richtig disponieren zu können. Denn der Block hat meist sehr unregelmäßige Form, und man hat der Kosten wegen Ursache, vorsichtig zu prüfen, ob das, was man schaffen will, auch in ihm enthalten ist. Beim groben Behauen mit dem Spitzeisen und zirka vierpfündigem Hammer muß man natürlich am meisten aufpassen; denn eine Unrichtigkeit der Meißelführung, die sich sehr nach der Lagerung des Materials richten muß, kann die ganze Sache verderben. Gerade im Anfang ist die Gefahr des Verhauens am größten, weil man unwillkürlich fast in Wut gerät über die Zähigkeit und Widerspenstigkeit des Marmors. Wenn dann die allgemeinen Formen mit dem Spitzeisen angedeutet sind, legt man das Ganze mit dem Zahneisen an, und erst, wenn das geschehen, nimmt man möglichst schöne Natur zum Modell. Vorher kann es niemand in der nächsten Umgebung des Arbeitenden aushalten, weil die losgesprengten Marmorschrotten mit solcher Vehemenz durch den Raum sausen, daß sie mitunter Fensterscheiben durchschlagen.

Jetzt beginnt die Vollendung mit dem scharfen, schmalen Flacheisen, mit Raspel und Sandpapier, und dabei kann es einem wohl begegnen, daß man sich in seine selbstgeschaffene Gestalt verliebt. Ich kann den armen Pygmalion durchaus verstehen."

Tapfere Arbeiterfreunde.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hatte die Errichtung des Zechenzwangsarbeitsnachweises für eine passende Gelegenheit gehalten, seine Arbeiterfreundlichkeit wieder einmal etwas in die Oeffentlichkeit zu rücken. Er richtete deshalb an den Zechenverband ein Schreiben mit der Bitte, von diesem Vorhaben abzusehen, und die Errichtung eines gleichmäßig von Vertretern der Zechen und Vertretern der Arbeiter geleiteten Arbeitsnachweises in Erwägung zu ziehen. Die große Erregung, die die Nachricht von der beabsichtigten Einrichtung des Arbeitsnachweises in Kreisen der Bergarbeiter hervorgerufen habe, mache es unzweifelhaft, daß diese Einrichtung nur geeignet sei, die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im dortigen Bergbaubetrieb zu verschärfen. Es wird dann in dem Schreiben für die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises plädiert, der im hohen Grade geeignet sei, vorhandene Gegensätze abzuschwächen.

Dieses Schreiben hat nun vom Zechenverband eine Antwort erfahren, die mit dem Hinauswurf eines unbequem werdenden Weinreisenden verdammte Aehnlichkeit hat. Der Zechenverband schreibt nämlich:

Auch uns fehlt die Praxis auf dem Gebiete paritätisch verwalteter Institute nicht; uns haben aber die Erfahrungen, die vielleicht noch weiter zurückführen als die Ihrigen, darüber belehrt, daß im hiesigen Bezirk, wo bekanntermaßen die politische Machtfrage das ausschlaggebende Moment für die Arbeiterorganisationen ist, vor der Hand keine Aussicht besteht, mit Hilfe paritätischer Institute eine Annäherung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die niemand mehr als wir selbst sehnlichst erwünschen, herbeizuführen. Ein paritätisch verwalteter Facharbeitsnachweis bietet uns im Hinblick auf den ständigen Kampf zwischen dem alten sozialdemokratischen Bergarbeiterverband und dem Verband christlicher Bergarbeiter — den stärksten Organisationen im hiesigen Bezirk — keinerlei Gewähr dafür, daß die Regelung des Arbeitsmarktes in wirklich gesunde Bahnen gelenkt werden kann, um so weniger, als es keinem Zweifel mehr unterliegen kann, daß die freundlichere Haltung der Organisationen gegenüber dem paritätischen Arbeitsnachweis allein darauf zurückzuführen ist, daß auch diese Form des Arbeitsnachweises ihren Zwecken im Kampfe gegen die Arbeitgeber leicht dienstbar gemacht werden kann. Indem wir Ihnen nochmals für Ihre liebenswürdige, von so ernstem sozialen Empfinden (!) getragene Anregung verbindlichst danken, hoffen wir gleichzeitig, daß Sie bei näherem Studium der Verhältnisse, mit denen wir zurzeit im hiesigen Revier zu rechnen haben, unsre Stellungnahme zur Regelung der Arbeitsnachweisfrage würdigen werden. Die Praxis unseres Arbeitsnachweises wird den Beweis erbringen, daß alle gegen ihn gerichteten Besorgnisse und Befürchtungen unbegründet sind.

Mit andern Worten heißt das, steck deine Nase nicht in meinen Quark! — Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hat denn auch diese Abfertigung bisher ruhig eingesteckt.

Eine schnelle Lehre hat aber der Verband zur Förderung der Arbeitsnachweise für den Regierungsbezirk Düsseldorf aus der Antwort der Zechenbarone gezogen. Eine dieser Tage abgehaltene Konferenz vertrat die Auffassung, daß es der Sache des öffentlichen Arbeitsnachweises wenig dienlich und für die Verbände solcher Arbeitsnachweisstellen **nicht ratsam sei, Stellung gegen die Gründung von Arbeitgeberarbeitsnachweisen zu nehmen.** Für den Düsseldorfer Verband, dessen Arbeitsnachweise mitten im Gebiet der Großindustrie lägen, würden Maßregeln gegen Arbeitgeberarbeitsnachweise geradezu schädlich sein. Die gemeinnützigen Arbeitsnachweisstellen des Bezirks könnten und wollten auf die Mitarbeit der Großindustrie nicht verzichten, und der Verband werde als solcher bemüht bleiben, die Sympathien der Großindustrie dem gemeinnützigen Arbeitsnachweis immer mehr zu gewinnen.

Diese Haltung des Düsseldorfer Verbands kennzeichnet die bürgerlichen Arbeiterfreunde vortrefflich. Sie haben kein Rückgrat und hängen ja alle mehr oder weniger von der Gnade der Großindustriellen ab. Den Scharfmachern imponieren diese Herren, die ja auch gar keine Machtmittel hinter sich haben, deshalb auch nicht im geringsten.

Der 29. Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften.

Der Kongreß tagte in der ersten Hälfte des November in Toronto (Kanada). Anwesend waren über 500 Delegierte. Aus dem Bericht des Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (Federation of Labor) Samuel Gompers ist hervorzuheben, daß es den Gewerkschaften Nordamerikas trotz der ungünstigsten Verhältnisse gelungen ist, die allseitig drohenden Lohnherabsetzungen zu verhindern. Die Mitgliederzahl hat um etwa **100 000 abgenommen,** und zwar von 1 689 200 im Jahre 1908 auf 1 506 400 im laufenden Jahr. Die **Gesamtkosten der Streiks,** an denen 98 der angeschlossenen Gewerkschaften in 693 Fällen beteiligt waren, beliefen sich in diesem einen Jahr auf **8 686 760 Mk.** Für sonstige Unterstützungen, **Sterbegeld, Krankengeld, Reise- und Arbeitslosenunterstützung,** wurden insgesamt **10 517 607 Mark** ausgezahlt. Für die Durchführung des Rechtsstreits in dem bekannten Boykottprozesse, der zur Verurteilung von Gompers, Mitchell und Morrison zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre führte, wurde ein freiwilliger Fonds angelegt, der bisher eine Einnahme von 186 051 Mk. und eine Ausgabe von 26 349 Mk. hatte. In der gleichen Sache hat der Kongreß in der Annahme, daß die eingelegte Revision gegen das unerhörte Urteil doch keine Aussicht auf Erfolg hat und die drei verurteilten Führer die ihnen zudiktierten Gefängnisstrafen doch werden absitzen müssen, einstimmig **beschlossen, Gompers, Mitchell und Morrison** durch weitgehendste materielle Entschädigung für die Dauer ihrer Strafe schadlos zu halten, indem **für ein Jahr Gefängnis neben der vollen Gehaltszahlung noch 20 000 Mark als „Schmerzensgeld" bewilligt** wurden. Den letzteren Betrag würde also Gompers für seine einjährige Gefängnisstrafe erhalten, während Mitchell für seine Strafe mit 15 000 und Morrison mit 12 000 Mk. in Betracht kämen.

Von der Gewerkschaftszentrale selbst wurden 34 Distriktsleiter ganz oder teilweise besoldet. Die Gesamtunkosten hierfür beliefen sich auf etwa 200 000 Mk. Der Zentrale direkt angeschlossen sind jetzt 119 Landesverbände (International Unions), 39 Staatsverbände, 595 Gewerkschaftskartelle und 4 besondere Gruppen (Baugewerbe, Metallgewerbe, Eisenbahner und die Gruppe der Gewerkschaftsmarke), gegen 67 Landesverbände, 10 Staatsverbände und 82 Kartelle vor 12 Jahren.

Die **Forderung des Achtstundentages** wurde besonders mit den Ergebnissen einer amtlichen statistischen Untersuchung über den Aufschwung der Produktion und der Arbeitslöhne begründet. Bemerkenswert ist, daß in denjenigen Gewerben, in denen der Achtstundentag durchgeführt wurde, wie im Baugewerbe, die **Löhne seitdem um 255—100 Proz. gestiegen** sind. Entsprechend der Forderung der Gewerkschaften werden in die künftigen Volks- und Berufszählungen auch die Zahl der Arbeitslosen, sowie Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden.

Unter **„Praktische politische Betätigung der Arbeiterschaft"** wurde den Gewerkschaften der Rat erteilt, **für die politische Schulung ihrer Mitglieder derart zu sorgen, damit sie ihr Wahlrecht zu den verschiedensten Körperschaften im Interesse der Arbeiterklasse ausüben können.** Allerdings sollen sich die Gewerkschaften **nicht in den Dienst einer politischen Gruppe** stellen, sondern **von Fall zu Fall den Kandidaten unterstützen, der ihre Forderungen anerkennt und vertritt.** Dadurch werde es möglich sein, **auf alle Parteien (?)** einen größeren Einfluß auszuüben.

Ueber die internationale Gewerkschaftskonferenz in Paris sagte Gompers: „Es muß zugegeben werden, daß die Konferenzen des Internationalen Sekretariats bisher wenig praktischen Aufgaben dienten, abgesehen von der Förderung des Friedens, Austausch von Freundschaftsbezeugungen und Veröffentlichung von Statistiken. Die Vertretung daselbst ist nicht rein gewerkschaftlich. Die Delegierten aus Oesterreich und Holland beschränkten ihre vielen Reden auf sozialistische Propaganda und die Verurteilung des reinen Gewerkschaftswesens. Im allgemeinen hat die Konferenz das Feld für die Möglichkeit einer internationalen beratenden Körperschaft geklärt, die, demokratisch zusammengesetzt, der Arbeiterbewegung

jeden Landes ihre Unabhängigkeit sichert und nichtgewerkschaftliche Fragen von ihren Beratungen ausschließt. Ich bin vollkommen überzeugt, daß, obwohl das Internationale Sekretariat noch vieles zu wünschen übrig läßt, die vitalsten Interessen der Arbeiter Amerikas durch den Anschluß an dasselbe gefördert werden, und deshalb zögere ich auch nicht, diesen Anschluß zu empfehlen. Die Unkosten würden gering sein, ebenfalls die materiellen Vorteile, jedoch würde der Geist internationaler Brüderlichkeit in unermeßlicher Weise gefördert werden. Auch bin ich überzeugt, daß unser Anschluß an das Internationale Sekretariat die Gründung einer Internationalen Federation der Arbeit beschleunigen würde." Diesem Antrage wurde durch den Kongreß sodann auch einstimmig Folge geleistet und der Anschluß an die gewerkschaftlichen Landeszentralen zum Beschluß erhoben. Damit ist die internationale **Vereinigung der freien Gewerkschaften die größte Koalition der ganzen Welt** geworden; sie zählt **5 563 000 Mitglieder in 17 Ländern.**

Privatversicherung.

Am 1. Januar 1910 tritt das Gesetz über den Versicherungsvertrag in Kraft, das nach jahrelangen Verhandlungen im Frühjahr 1908 vom Reichstag verabschiedet worden ist. Es soll den zahlreichen Mißständen, die sich auf dem Gebiete des privaten Versicherungswesens herausgebildet haben, entgegentreten und den Versicherten einen stärkeren Schutz gegen Ausbeutung und Verlust gewähren. Zu diesem Zwecke schränkt das neue Gesetz die Vertragsfreiheit erheblich ein, die gar zu leicht zum Nachteil des gewöhnlich geschäftsunkundigen Versicherten mißbraucht wird. Das Gesetz enthält neben allgemeinen Vorschriften in besonderen Abschnitten die Regelung der Feuerversicherung, der Hagel-, der Vieh-, der Transport-, der Haftpflicht-, der Lebens- und der Unfallversicherung. In den folgenden Zeilen sollen nur die wichtigsten Bestimmungen der Feuer- und Lebensversicherung besprochen werden, weil besonders diese beiden Versicherungszweige für Arbeiter in Frage kommen.

Ueber einen Antrag auf Abschluß einer Feuerversicherung muß sich die Versicherungsgesellschaft binnen zwei Wochen erklären. Gibt sie innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt der Antrag als abgelehnt. Es ist also nicht mehr möglich, den Versicherten lange hinzuhalten und ihn im Ungewissen darüber zu lassen, ob er versichert wird oder nicht. Es kam gar nicht selten vor, daß Versicherte, wenn sie wochenlang nichts über ihren Antrag gehört hatten, einem andern Agenten ins Garn liefen und dann mit zwei Versicherungen beglückt waren, von denen aber eine wertlos war und nur Kosten verursachte. In den meisten Versicherungsverträgen ist eine Bestimmung enthalten, wonach der Versicherte keine Entschädigung verlangen kann, wenn sich die Feuersgefahr erhöht hat, z. B. durch Umzug in die Nähe eines gefährlichen Betriebs, und die Gesellschaft darauf die Versicherung nicht neu bestätigt hat. Von der Befugnis der Entschädigung in Fällen dieser Art abzulehnen, wurde auch häufig Gebrauch gemacht, wenn der Brand nicht durch die erhöhte Feuergefährlichkeit, sondern durch andre Ursachen, Explosion einer Lampe u. a. entstanden war. Das wird in Zukunft unmöglich sein. Die Gesellschaft darf die Erstattung des Schadens nur dann verweigern, wenn dieser durch die erhöhte und ihr nicht bekannte Feuersgefährlichkeit verursacht worden ist. Bestehen bleibt die Verpflichtung des Versicherten, erhöhte Gefahren anzuzeigen, und das Recht der Gesellschaft, das Versicherungsverhältnis in diesem Falle zu kündigen. Die Anzeige von einem Brandschaden muß innerhalb zwei Tagen gemacht werden, eine verspätete Anzeige hat aber den Verlust auf die Entschädigung nicht zur Folge, wenn die Gesellschaft auf andere Weise von dem Schaden Kenntnis bekommen hat, oder wenn die Anzeige nicht absichtlich oder aus grober Fahrlässigkeit verspätet gemacht worden ist. Eine Anzeige über einen Brandschaden an den Agenten genügt, wenn nicht in der Police etwas anderes bestimmt ist. Diese Bestimmung ist sehr unglücklich, da erfahrungsgemäß mehr Versicherte den Agenten als den bevollmächtigten Vertreter der Gesellschaft ansehen und die Policen nicht genau lesen, so daß ihnen die in der Police festgelegte Pflicht, der Gesellschaft direkt Anzeige zu machen, sehr oft nicht bekannt sein wird

Nichtzahlung der Prämie am Fälligkeitstag setzt die Versicherung nicht wie bisher sofort außer Kraft, sondern die Gesellschaft muß erst schriftlich eine Frist von mindestens zwei Wochen zur Bezahlung bestimmen und den Versicherten auf die Folgen der Nichtzahlung aufmerksam machen. Erst wenn der Versicherte auch diese Frist verstreichen läßt, ist die Gesellschaft im Schadensfalle von der Erstattungspflicht frei. Um die Regelung der Entschädigung zu beschleunigen, bestimmt das neue Gesetz, daß die Schadenssumme vor Ablauf eines Monats ab verzinst werden muß und daß der Versicherte einen Monat nach dem Brandschaden den Betrag verlangen kann, der mindestens zu zahlen ist, das heißt bei Streit über die Höhe des Schadens wenigstens die Summe, die die Gesellschaft anerkannt. Es wird den Gesellschaften hiermit die Möglichkeit genommen, durch Vorenthaltung jeder Entschädigung einen Druck auf den Versicherten auszuüben.

Für die Lebensversicherung ist die Bestimmung bedeutungsvoll, daß eine Versicherungsgesellschaft, die, wie es meistens der Fall ist, den Abschluß der Versicherung von einer ärztlichen Untersuchung abhängig macht, diese Untersuchung nicht verlangen kann. Verweigert der Antragsteller die ärztliche Untersuchung, so braucht er auch keine Vertragsstrafe zu zahlen oder gar, wie es heute häufig der Fall ist, die Prämie für ein Jahr Von übereilten Versicherungsanträgen, die lästigen Agenten erteilt werden, um sie aus dem Hause zu bringen, kann sich hierdurch mancher befreien. Von einer Versicherung kann der Versicherte jederzeit mit dem Ablauf der Versicherungsperiode zurücktreten. Für die Zahlung der Prämie gilt auch bei der Lebensversicherung die Bestimmung, daß nach Fälligkeit der Versicherung mit Frist von mindestens zwei Wochen unter Hinweis auf den Verfall der Versicherung gemahnt sein muß, bevor die Gesellschaft von der Zahlungsfrist frei ist. Hat eine Versicherung drei Jahre bestanden, und ist die Prämie für diesen Zeitraum bezahlt, so kann der Versicherte jederzeit eine prämienfreie Versicherung verlangen und die Gesellschaft ist, falls sie von dem Kündigungsrecht wegen Nichtzahlung der Prämie Gebrauch macht, verpflichtet, eine prämienfreie Versicherung zu gewähren. Im Falle des Selbstmords des Versicherten muß die Versicherungssumme bezahlt werden, wenn die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen worden ist.

Die hier erwähnten Bestimmungen sind — mit Ausnahme der über die Zahlungspflicht bei Feuerschaden innerhalb eines Monats und Verzinsung der Schadenssumme — zwingende, das heißt, andere Vereinbarungen sind ungültig. Sie können aber mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde für Versicherungen bei kleinen Vereinen, für Sterbegeldversicherung, für die Volksversicherung und für die Lebensversicherung mit kleineren Beträgen aufgehoben werden. Das ist sehr bdauerlich, da gerade bei diesen Versicherungsarten die allerschlimmste Ausbeutung vorkommt. Es gilt also trotz des neuen Gesetzes die größte Vorsicht allen Versicherungen gegenüber, da gerade die angebliche für Arbeiter bestimmten Versicherungen privater Gesellschaften gewöhnlich nur deren Aktionären, aber nicht den Versicherten nützen.

Rundschau.

Ein Gewerberichter als Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes. Die Schiffchensticker im Vogtlande befinden sich bekanntlich in einer Lohnbewegung, durch die vor allen Dingen dem systematischen Betruge durch unterzählige Stichschablonen Einhalt geboten werden sollte. Die Stickmaschinenbesitzer (eine Art Zwischenmeister) zeigten sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber nicht völlig abgeneigt, da aber die eigentlichen Unternehmer kein Entgegenkommen zeigten, so kam es bereits zu Kündigungen und zur Arbeitseinstellung. Die Maschinenbesitzer haben ihre eigne Vereinigung, die aber anscheinend wenig nach Wunsch der Fabrikanten geartet ist. Jetzt nun kommt der Fabrikantenverein der Sächsischen Stickerei- und Spitzenindustrie aus Plauen daher und empfiehlt den Maschinenbesitzern die Gründung einer eignen Organisation. In einem vertraulichen Schreiben erklärt der Vorstand des Fabrikantenvereins sich bereit, die Gründung einer solchen Organisation der Maschinenbesitzer, die ihre eignen, von denen des Fabrikantenvereins getrennten Ziele zu verfolgen hätten, in die Wege zu leiten. Ob die Maschinenbesitzer auf diese löbliche Absicht hineinfallen wollen, ist ihre Sache. Sehr sonderbar mutet es jedoch an, daß als Geschäftsführer des Fabrikantenvereins der Gewerberichter Mette in dem Zirkular angegeben ist, an den alle die Maschinenbesitzer Mitteilung machen sollen, die Mitglieder des neuzugründenden Vereins werden wollen. Das Amt eines Gewerberichters erscheint uns mit dem eines Geschäftsführers einer Unternehmerorganisation wenig vereinbar. Als Geschäftsführer ist er selbstverständlich verpflichtet, die Interessen dieses Unternehmerverbandes wahrzunehmen. Dadurch besteht doch nun zweifellos die Gefahr, daß der freie, unparteiische Blick, dessen der Gewerberichter absolut in Ausübung seines Amtes bedarf, getrübt wird; er soll bei Lohnstreitigkeitsfragen usw. stets über den Parteien stehen. Wie aber erst, wenn er in Lohnstreitigkeiten als Vorsitzender des Einigungsamtes fungieren soll? — Eine Versammlung der Textilarbeiter legte dagegen Protest ein, und die Organisation beschwerte sich wegen dieser Stellung, die der Gewerberichter einnimmt, bei der Aufsichtsbehörde. Beides war ergebnislos. Wir meinen, der einfachste Takt sollte Herrn Mette schon veranlassen, von seinem neuen Amte zu lassen. Und der Magistrat sollte nicht zugeben, daß im Stadthaus ein Bureau für eine Unternehmerorganisation etabliert werden kann. Schließlich wird doch auch das Vertrauen der Arbeiter zu der Unparteilichkeit des Gewerbegerichts dadurch nicht gehoben. Die Steuerzahler aber haben endlich auch ein Interesse daran, daß städtische Einrichtungen nicht einseitig für Unternehmerorganisationen benutzt werden dürfen.

Geschäftseinstellung. Die Firma Holzmann, welche seit zirka 12 Jahren in Altleiningen einen Steinbruch- und Steinhaueireibetrieb besitzt, hat plötzlich das Geschäft eingestellt und sämtliche Arbeiter entlassen. Sehr empfindlich sind die Arbeiter betroffen, die sich seit kurzer Zeit erst hier ansässig machten. In Betracht kommen 50 Mann. Zu Weihnachten 1908 erhielten auch 50 von 100 Arbeitern als Weihnachtsgeschenk ihre Entlassung. Wohl schon die Vorboten der gänzlichen Geschäftseinstellung.

Zum Zusammenschluß der Verbände im Transportgewerbe. Vom 13. bis 16. Dezember tagte in Hamburg eine Konferenz von Vertretern der Zentralverbände der Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter, um die Grundsätze für den Aufbau und die Einrichtungen der bereits von allen drei Verbänden im Prinzip beschlossenen Einheitsorganisation der Transport- und Verkehrsarbeiter zu Wasser und zu Lande festzusetzen. Nach einer umfassenden, sachlichen Aussprache über die Grundlagen und die Form der neuen Organisation wurde, unter Berücksichtigung aller einschlägigen beruflichen und organisatorischen Interessen, eine völlige Verständigung über die statutarischen Grundlagen des zukünftigen Verbandes, sowie über die zu erlassenden Uebergangsbestimmungen erzielt.

In Verfolg der Beschlüsse und Vorschläge dieser Konferenz werden die genannten Verbände im Mai 1910 außerordentliche Verbandstage abhalten, wo die von der Konferenz geschaffene Grnndlage zu sanktionieren ist. Daran anschließend findet ein gemeinsamer Verbandstag statt, dessen Aufgabe es ist, den Zusammenschluß ab 1. Juli 1910 endgültig festzustellen. Diese Organisation würde etwa 160 000 Mitglieder umfassen.

Neue Maßregelung eines Privatangestellten in Bayern. Wie bekannt, hatte die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg einen ihrer Angestellten, der von seinen Berufskollegen in den Angestelltenausschuß der Handelskammer gewählt worden war, gemaßregelt. Wie die S. T.-Korr. meldet, ist der Fall nicht vereinzelt geblieben. Die bekannte Blechspielwarenfabrik von Gebr. Bing in Nürnberg hat sich ebenfalls über das Koalitionsrecht hinweggesetzt, indem sie einen Angestellten, der ebenfalls in den Angestelltenausschuß der Nürnberger Handelskammer gewählt worden war, unter Umständen entließ, die eine offenkundige Maßregelung erkennen lassen. Gebr. Bing, Aktiengesellschaft, liefert die bekannten Nürnberger Blechspielwaren und ist mit ihren Produkten auf die breite Masse des kaufenden Publikums angewiesen. Sie ignoriert aber kaltblütig das Empfinden der großen Masse der Angestellten und Arbeiter, die doch vor allen Dingen zu ihrer Kundschaft gehört. Sie ignoriert ebenso bestehende gesetzliche Bestimmungen und kann sich dabei auf das Vorbild noch größerer berufen, die es ja ebenso und unbehelligt von der bayrischen Gerechtigkeit getrieben haben. Für die Organisation sind solche Maßregelungen natürlich nur Wasser auf die Mühle.

Badische Regierungsliebenswürdigkeiten. In einer Eisenbahnerversammlung zu Karlsruhe wurde bekanntgegeben, daß in der offiziellen Vertretersitzung der Vertreter der Generaldirektion eine für die Arbeiter in Betracht kommende Steigerung der Lebensmittelpreise seit 1907 nicht anerkannte. Die Generaldirektion lehnte jeden Gedanken an eine Lohnaufbesserung rundweg ab und weigerte sich, die Unterschriften der Organisationsleiter beider Verbände anzuerkennen. Ein Arbeiterdelegierter wurde vom Staatsvertreter als Hetzer tituliert, weil er einen amtlichen Erlaß kritisierte. Die Eisenbahner (400 Versammelte) erhoben Protest gegen diese Behandlung ihrer Vertreter. — Der Minister des Innern stellte bekanntlich den Polizeisäbel den demonstrierenden Arbeitern in blutige Aussicht. Es wird schön in Baden.

Allen Verbandskollegen sowie allen Freunden und Genossen entbieten wir unseren herzlichsten Glückwunsch zum Jahreswechsel.

Zentralvorstand und Redaktion.

In den kommenden Wochen

finden in den Zahlstellen die Generalversammlungen statt. Bei den Wahlen zu den Vorstandsämtern sind nur die tüchtigsten Kollegen, welche in nachdrücklichster Weise die Verbandsinteressen wahren, zu berücksichtigen. Die Revisoren haben sich in peinlichster Weise davon zu überzeugen, daß die Kassenführung eine völlig geordnete ist.

An unsere Leser!

- **Wer in unserem Blatte etwas vermißt,**
- **Wer eine Notiz in irgendeinem Punkte ergänzen kann,**
- **Wer am Inhalt etwas auszusetzen hat,**
- **Wer Wünsche wegen der Ausgestaltung des Verbandsorgans hat,**

der mache uns sofort Mitteilung.

Wir sind gern bereit, die Wünsche zu prüfen und wenn irgend möglich, dieselben zu berücksichtigen. Je mehr Kollegen am Verbandsorgan mit arbeiten, desto interessanter kann es ausgestaltet werden.

Die Redaktion.

An die „Steinarbeiter"-Verbreiter!

Neubestellungen und Adressenänderungen über die Zusendung des „Stejnarbeiter" können für die laufende Nummer nur dann berücksichtigt werden, wenn solche bis Dienstags mittag in Händen der Expedition sind. Für die Zusendung sind möglichst stabile Adressen anzugeben. — Wo die Ortsverwaltung die Verbreitung des Organs übernommen, sind bei eventuellen Adressenänderungen solche der Expedition besonders mitzuteilen bezw. ist auf der Aenderung solches besonders zu vermerken. — Einzelzahler haben bei ihrer Abreise der Expedition Mitteilung zu machen, viel Porto wird durch die Unterlassung unnütz ausgegeben.

Zur Beachtung!

Anträge auf Sterbeunterstützung sind spätestens 4 Wochen nach dem Sterbetage an den Verbandsvorstand nebst Mitgliedsbuch und Sterbeurkunde einzureichen. **Nach dieser Zeit können Ansprüche nicht mehr erhoben werden!**

Die übermittelten Bücher müssen, soweit der Beitrag in Frage kommt, bis zum Sterbetag in Ordnung sein; die Bücher bleiben im Zentralbureau, und den Zahlstellen wird für die ausfallende Buchnummer ein neues Buch mit derselben Nummer überwiesen.

Auch von verstorbenen Kollegen, welche noch nicht sterbeunterstützungsberechtigt, sind die Mitgliedsbücher einzusenden, damit die ausfallende Nummer ersetzt wird.

Zur Quittung der auszuzahlenden Unterstützung wird bei Retournierung der Sterbeurkunde dieser ein besonderes Quittungsformular beigelegt, nur Auszahlungen auf diesen Quittungen werden mit den Zahlstellen verrechnet!

Adressen-Aenderungen.

Hamburg I. Vors.: Karl Neumann, Jenischstraße 48. — Die Reiseunterstützung wird ab 1. Januar 1910 beim Kollegen J. Münch, Hammerbrockstraße 91, Hinterhaus II (Industriehof), abends von 7—8 Uhr ausgezahlt. Die Ortsverwaltung.

Königsbrück. Vors.: Richard Berge, Bergstraße 8. Kass.: Ernst Guhr, Bergstraße 236.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende **gratis!**
Lieferung sofort.

Hobelbandstahl in vorzüglicher Qualität 15 × 0,38 mm u. 0,34 mm
Steinmetzbleistifte echt Rehbachsches Fabrikat, rund u. flach
Steinmetzbesen harte und weiche, mit und ohne Griff
Steinmetzknüppel in prima Weißbuche und Chinaholz
Steinmetzwerkzeuge und Blutsteine
hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 1. Sonnabend, den 1. Januar 1910. 14. Jahrgang.

Neujahr.

Ein Jahr schon wieder ... Dröhnend hallt vom Turm
Sein letzter Glockenschlag. O Zeit, du fliehst
Wie eine Wolke, die gejagt vom Sturm.
Was ist die Stunde? Nur ein Atemzug,
Ein Flügelschlag in deinem Vogelflug.
Was ist der Tag? Ein Lichtstrahl, der uns grüßt.

Und winktest du uns an sechs Tagen zu —
Vielleicht, beim Schaffen, sahen wir es nicht,
Und richten uns am siebenten erst auf
Und heben flüchtig in der Feierruh
Zu dir und jener dunklen Wolke Lauf
Das forschende, das schauende Gesicht.

Was ist uns Zeit? Du nahst uns und enteilst.
Der Mond steigt auf und senkt sich wieder dann,
Und finstre Schatten gleiten drüberhin ...
Und Schatten gleiten dunkel durch den Sinn
Und eine leise Frage flüstert: Wann
Kommt wohl der Tag, da du bei uns verweilst?

Denn diese Zeit ist ja die unsere nicht,
Und aber ist's, als wäre sie nicht da
Und streifte flüchtigleis nur unser Haar
Wie Windeshauch, den nie ein Auge sah ...
Es kommt die Nacht, und wieder kommt das Licht
Des neuen Morgen ... Und so wird ein Jahr.

Wir schaun verwundert. Unser Leben geht
Im Strome hin, und wir, wir wissen's kaum,
Und fühlen nur beim letzten Glockenklang
Den heißen Atem und den Sturmesfang
Der schnellen Zeit, die sonst uns wie ein Traum
Und nun im Harnisch mahnend vor uns steht.

Mit großen Augen blickt sie nun uns an:
„Seht, daß ich bin! Noch gab ich euch nicht viel
Von meinem Selbst. Doch liegt's in eurer Hand!
Ich bin Erlöserin und bin das Ziel.
Der hat gewonnen erst, der mich gewann!“ ...
Hört! Rufend geht das junge Jahr durchs Land. —

Ernst Preczang.

Ohne sozialen Halt!

In den sozialen Stürmen unsrer Zeit verschwindet das Einzelschicksal, wie der schwankende Kahn in dem wogenden Meere. Jedes Zeitungsblatt berichtet uns von gescheiterten Existenzen und von Scheußlichkeiten, die an einzelnen oder durch einzelne begangen wurden, aber wie sollen wir uns in die Untersuchung dieser einzelnen Fälle vertiefen, da doch diese ganze Gesellschaft, die Millionen Menschen um ihr Lebensglück bringt, den Säuglingen die Brust der Mutter raubt und den Massenmord der Kinder zu einem Naturgesetz erhoben hat, nichts andres ist, als ein einziges großes Verbrechen? Dennoch wollen wir die Aufmerksamkeit unsrer Leser auf einige Kriminalfälle lenken, und zwar schon aus dem Grunde, weil sie einen gemeinsamen Zug aufweisen, weil sie typisch sind für die Kulturzustände unsrer Zeit. Denn im letzten Grunde ist ja der proletarische Klassenkampf ein Kampf um die Kultur. Würde es sich bloß darum handeln, sich sattzuessen und wohl gepflegt zu werden, dann wäre die Existenz des Mastochsen das Ideal. Eine Sozialpolitik, die nur das Brotinteresse kennt, ist die Sozialpolitik des Viehstalls. Aber auch in unserm Kampfe selbst spielt die Kenntnis der geistigen und seelischen Zustände der bürgerlichen Gesellschaft eine wichtige Rolle.

Wir sagen, die Fälle sind typisch, und diese typischen Kriminalfälle mehren sich. Ja, wenn die kapitalistische Herrlichkeit noch länger anhält, so wird es vermutlich zur Bildung einer neuen Wissenschaft kommen, die die Kriminalpsychiatrie ablösen wird: die soziale Psychologie des Verbrechertums. Man wird sich überzeugen, daß das Verbrechen nicht bloß meistens das Produkt der sozialen Zustände, sondern der Verbrecher selbst ein Kind seiner Zeit ist, und wird eine Geschichte des Mordes schreiben, die zugleich eine Geschichte der sozialen Gesittung sein wird. Bis dahin — einige Mordfälle, die unsre Zeit charakterisieren:

Da ist der Fall Gilewitsch. Der Mann war reich und verkehrte in den Kreisen der hohen Bourgeoisie, unter Großkaufleuten, Hausherren, Baumeistern, Rechtsanwälten. Allerdings, er stand vor dem Ruin; aber ohne zwingenden Grund riskiert gewiß niemand das Zuchthaus. Das Wesentliche für uns ist nicht das Motiv des Verbrechens, sondern der menschliche Charakter, der sich bei dessen Ausführung offenbart. Der Ingenieur Gilewitsch wollte bekanntlich Lebensversicherungsprämien einsacken und mußte zu diesem Zweck seinen Selbstmord fingieren. Er gab Inserate auf, daß er einen Angestellten brauche, und suchte unter den vielen, die sich gemeldet hatten, jemand heraus, der ihm einigermaßen ähnlich sah, um ihn zu töten und so seine Komplicen in den Stand zu setzen, indem sie den Ermordeten für Gilewitsch ausgaben, die Versicherungsprämien zu erheben. Nach etlichen mißlungenen Versuchen — einer davon ist in allen Details festgestellt — gelang es ihm, sein Vorhaben auszuführen. Um den Ermordeten unkenntlich zu machen, zog er ihm die Haut vom Gesicht ab und verbrannte sie.

Es hat Mörder gegeben, die, um die Beute zu entreißen, Greise und Kinder nicht verschonten. Dieser moderne Mörder ist aber ganz andrer Art; er sucht sich seine Opfer heraus. Wochen- und monatelang ließ er hunderte Menschen Revue passieren und bewertete sie nur von dem einen Gesichtspunkte, ob sie sich zum Abschlachten eignen? Unter seinen Bekannten, auf der Straße, er war, wie alle andern, und war, wie immer, er fiel nicht auf, und doch war er jeden Augenblick bereit, den ersten Nächsten, der sich für seine Zwecke eignete, zu morden. Er maß den Wuchs, prüfte die Gesichtszüge, beurteilte den Fettansatz — sah sich die Menschen an, wie der Metzger den Hammel, den er schlachten will. Und als er sein Opfer wählte, mußte er dessen Vertrauen gewinnen. Er schmeichelte ihm, sättigte den armen, hungrigen Menschen, überhäufte ihn mit Geschenken, liebkoste ihn, so tagelang — und dachte nur daran, ihn zu töten. Ein Scheusal? Ja, doch Brutalität allein gibt hier noch keine ausreichende Erklärung. Es steckt mehr dahinter, oder richtiger, noch etwas andres: es ist Gefühllosigkeit. Seine Opfer sind ihm gleichgültig, er empfindet nicht mit ihnen, kennt weder Mitleid noch Haß — wie gegenüber den Tieren, die wir schlachten und verzehren. Er kennt nur seine Selbstsucht und keine Rücksichten, keine sozialen Hemmnisse seines Handelns, außer der nächsten Gewalt; er braucht nichts in sich zu überwinden, um den Mord zu begehen, kennt keinen inneren Kampf, darum handelt er resolut und kaltblütig. Deshalb kann er dort, wo seine Interessen nicht verletzt werden, sogar ein Gemütsmensch sein. Er war vielleicht ein liebender Bruder, ein treuer Sohn. Er lebte, lachte, liebte — wie alle andern auch. Und wie er keinen Seelenkampf kannte, kennt er wohl auch keine Gewissensbisse. Es war ein riskantes Spiel, bei dem er den Einsatz verlor, das ist alles!

Eine Ausnahme? Gewiß, wir behaupten auch gar nicht, daß er die Regel ist; allein jede Ausnahme ist nur eine Uebertreibung des Vorhandenen, sie wurzelt in der Wirklichkeit. Diese Empfindungsweise, weniger ausgeprägt, aber um so mehr verbreitet, ist modern, sie entspricht einer Zeit, die den einzelnen von den sozialen Verpflichtungen loslöst. Ist denn die Gefühlsweise des Fabrikanten, dem die Maschine die zerquetschten Glieder seines Arbeiters vor die Füße wirft, eine andre? Leben wir nicht in einer Zeit der Radbod-Katastrophen? Der Kapitalist würde keinen einzigen Tag ruhig leben können, wenn ihn die Leiden seiner Arbeiter rühren würden! Aber, er mag sonst vielleicht der zärtlichste Mensch in der Welt sein, seinen Arbeitern gegenüber bleibt er stumpf, denn zwischen ihm und ihnen steht das Geldinteresse.

Nicht jeder, der dem Gelde nachjagt, wird persönlich zum Verbrecher; aber wie mancher ist es nur deshalb nicht geworden, weil seine Feigheit oder seine Dummheit ihn retteten, oder der Zufall, oder der Umstand, daß seine verwerfliche Handlung nicht unter die Gesetze fällt — Gesetze, die von Geldinteressenten für Geldinteressenten geschaffen worden sind!

Es gab grausamere Zeiten; doch nie waren die Selbstsucht und die Teilnahmslosigkeit den Mitmenschen gegenüber so groß, wie in unsrer Zeit. Hier ein andrer Fall, ebenfalls aus Rußland: Die Ermordung des Generals Komarowski — ein Prozeß, der in Venedig verhandelt wird. Dreifacher Verrat, mit dem größten Raffinement und einem unerschütterlichen Gleichmut, sowohl dem alten General wie dem jungen Liebhaber gegenüber, durchgeführt!

Soll das eine russische Eigentümlichkeit sein? Sehen wir nach Frankreich: die Affäre Steinheil. Die Frau ist ja freigesprochen worden, aber nur, weil man ihr das Verbrechen nicht hat nachweisen können. Die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit bleibt bestehen, sie wird allgemein zugegeben, und das ist es allein, worauf es uns ankommt. Frau Steinheil hielt einen großen Salon, Staatsmänner, Künstler, Bankiers waren ihr Umgangskreis; sie war die schöne, geistreiche, liebenswürdige Weltdame, — und doch hält man es für möglich, daß sie mitgeholfen hat, ihren Gatten und ihre Mutter zu töten! Ihr Mann kam ihr in jeder Beziehung entgegen, allein ihre Geldmittel waren zu Ende, und um die soziale Position zu retten, um Geld zu schaffen, mußte sie sich nach einem andern legitimen Gatten umsehen! Da es keine katholische Ehescheidung gibt, so hilft der Tod — Gold deckt alles! In Oesterreich der Fall Hofrichter. So lange man dem jungen Offizier nicht nachgewiesen hat, daß er Gift in die Oblaten getan hatte, kann man ihn nicht verurteilen. Aber das Undenkbare ist auch hier denkbar geworden: man hält es für wahrscheinlich, daß der Offizier seine „Vordermänner“ durch den Tod hat hinwegräumen wollen! Er war ein Durchschnittsoffizier — guter Tänzer, Liebling der Frauen. Er hat vielleicht nur ausgeführt, was viele andre gedacht, empfunden haben! Oder erinnert man sich nicht mehr jener sächsischen Bürgermeisterstochter, die sich von ihrem Bräutigam eine Erbschaft hat verschreiben lassen und ihn darauf tötete? Sie ließ ihn die Augen schließen, den Mund aufmachen — sie wollte ihm eine Ueberraschung geben, sagte sie — und sie schoß ihm eine Kugel in den Mund!

Nur fort aus dem Wege — schonungslos, rücksichtslos, teilnahmslos; denn vor allem muß ICH Platz finden!

In der Jagd nach dem Gelde verlieren die Menschen der Bourgeoisie jeden sozialen Halt und werden zueinander — wie die reißenden Wölfe!

Die Entwicklung des Betonbaues und sein Einfluß auf die Arbeiterschaft.

Von Joseph Kliche.

Die Zeiten, in denen die Einförmigkeit eines bestimmten Gewerbes zünftlerisch abgeschlossene Berufsgebilde zuließ, sind längst vorüber. Durch die Spezialisierung in den großen Industrien schälten sich fortwährend neue Berufsgruppen heraus, deren Angehörige sich entweder von den bisher bestehenden großen Berufen absonderten oder überhaupt als Neulinge sich in das betreffende Spezialgebiet hineindrängten. Nicht zuletzt ist es die Bauindustrie, wo die Spezialisierung im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte in außerordentlich raschem Maße vor sich gegangen ist. Während es aber früher immer nur einzelne schon bestehende Zweige des Häuserbaues waren, die sich, begünstigt durch den technischen Fortschritt, mehr und mehr entwickelten, jedoch trotzdem aber sich aus einem gewissen Rahmen heraus nicht entfernen konnten, wird durch die in den letzten Jahren eingetretene enorme Entwicklung des Betonbaues ein ganz neues Moment in die Bauindustrie hineingeworfen. So lange der Beton, bei dem der Zement die ausschlaggebende Rolle spielt, sich nur auf den Tiefbau, auf Kanalisations- usw. Anlagen be-

Steine und Gesteine.

I.

Zunächst eine Klarstellung obiger Begriffe. Die Naturwissenschaft versteht unter Stein ein Mineral, gleichartig aufgebaut nach einem ihm innewohnenden Naturgesetz, während ein Gestein ein Gemenge verschiedener Mineralien und andrer Naturprodukte ist. Zu den Gesteinen gehören alle die von unsern Berufskollegen zu bearbeitenden Steinsorten, vom härtesten Granit bis zum weichsten Kalk- oder Sandstein. Der Granit mit all seinen Abarten (Syenit, Porphyr, Diorit, Gneis) besteht in seinen Hauptteilen aus Feldspat, Quarz und Glimmer. Seine Entstehung verdankt er den unterirdischen Gewalten unsrer Mutter Erde, die ihn in feurigflüssigem Zustande an die Erdoberfläche drängte und der Erstarrung überließ. Vollzog sich diese Erstarrung bereits unter der Erdoberfläche, so haben wir es mit plutonischen Gesteinen zu tun, durchbrach dagegen die feurigflüssige Masse die Erdkruste und erstarrte sie über derselben, so ist das Gestein vulkanischen Ursprungs. Beide jedoch, durch die Erdhitze entstanden, sind Eruptivgesteine, zum Unterschied von Sedimentgesteinen, die das Wasser in Jahrtausende währenden Ablagerungen aufgeschichtet hat. Zu den letzteren gehören die Kalk- und Sandsteine. Die polierfähigen Kalksteine sind uns als Marmor bekannt, während wir die übrigen kurzweg Kalkstein nennen. Ihr Hauptbestandteil ist kohlensaurer Kalk. Die Sandsteine hingegen sind zusammengesetzt aus lauter winzigen Quarzteilchen, verbunden durch natürliche Bindemittel, wie Ton, Kalk u. a. Ihre Festigkeit erhielten die Gesteine nicht zum wenigsten auch durch den gewaltigen Erddruck. Nach den Lehren des Prof. Dr. Georg Lehnert, deren wir uns zum großen Teil zur Abfassung dieses Artikels bedienen, gehört zur Bildung einer 9 Zentimeter starken Sandsteinschicht ein Zeitraum von 100 Jahren. Hiernach läßt sich ermessen, daß Tausende und Millionen von Jahren erforderlich waren zur Erzeugung der unerschöpflichen Steinschätze der Erde.

Die Gesteinsarten, welche wir kurzerhand als Granite bezeichnen, entstanden in der ältesten Zeitepoche, der archäischen Periode. Von dieser sind nicht einmal Spuren von Lebewesen vorhanden. Erst in der nächsten Zeitperiode, der paläozoischen, auch Steinkohlenperiode genannt, weil in ihr sich die Steinkohle entwickelte, zeigt sich Leben von Tieren und Pflanzen, von denen der Nachwelt einzelne Exemplare in versteinertem Zustande erhalten geblieben sind. Muschelkalk und Sandstein entstanden in der nächstfolgenden, der mesozoischen Periode, in der vorher geschilderten Weise, nämlich durch Ablagerungen des Wassers in Gegenden, welche bereits ein Sumpf-Pflanzen und Tierleben aufzuweisen hatten. Namentlich der Muschelkalk veranschaulicht am deutlichsten, daß an seiner Stelle Meeresboden gewesen sein muß, sind doch mit Hilfe des Mikroskops (durch Vergrößerung) Tierskelette und einzelne Körper- und Pflanzenteile der damaligen Meeresbewohner in ihm sichtbar. Die känozoische Periode nennt die Wissenschaft jene, in welcher die höhere Entwicklung der Tiere erfolgte und in welche in ihrer letzten Epoche auch die Entstehung des Menschen zurückzuführen ist. Doch vorher hatte die Erde noch bedeutende Wandlungen durchzumachen. Heiße und kalte Zeiten wechselten miteinander ab. Auch in unsern deutschen Landen sind Spuren sowohl von Tropen- wie von Eiszeiten vorhanden. Erstere lassen auf einen Stellungswechsel der Erde zur Sonne schließen. So fanden sich in unsern Erdschichten Reste von Pflanzen und Tieren vor, welche nur im tropischen Klima lebensfähig gewesen sind. Mehrere Kälteperioden (Eiszeiten) ließen alsdann wieder alles Leben erstarren. Ungeheure Gletschermassen überzogen die Erde, alles mit sich reißend, worüber sie der Weg hinwegführte. Auf diese Weise gelangten auch viele Gesteinsblöcke (Findlinge) von mitunter riesigen Dimensionen an ihren Auffindungsort.

Luft, Wasser, Hitze, Kälte, diese vier Elemente, welche den Aufbau der Gesteine bewirken, üben gleichzeitig ein fortwährendes Zerstörungswerk auf dieselben aus. Die von der bewegten Luft (Wind, Sturm) mitgeführten Staubteilchen, Sandkörner usw. prasseln unausgesetzt gegen ihre Berührungsflächen, gleichsam wie ein Sandstrahlgebläse wirkend. Das Wasser (Regen) spült die losgelösten Teilchen hinweg, dringt in die Poren und Risse ein und setzt so das Zerstörungswerk fort, und zwar mit besonderem Erfolg im Winter. Durch die Ausdehnung des Wassers im Gefrierprozeß wird die im Umkreis befindliche Gesteinsmasse zur Loslösung gebracht. In ähnlicher Weise wirkt die Hitze auf die Gesteine, nicht minder auch die unbewegte säurehaltige Luft. In wenigen Jahren können wir deutlich wahrnehmbare Veränderungen an den Gesteinen beobachten, doch dient es uns zur Beruhigung, daß — nichts umkommt. Denn was die Naturkräfte auf der einen Stelle zerstören (abnützen), das tragen sie auf eine andre Stelle wieder hin, unaufhörlich vollzieht sich der Wechsel des Werdens und Vergehens in der Natur.

Zu den Eigenschaften der Steine und Gesteine übergehend, interessieren uns zunächst die physikalischen, als da sind, Härte, Druck- und Biegefestigkeit. Die physikalischen Eigenschaften spielen eine große Rolle bei der Verwendung der Gesteine zu monumentalen Bauten, großen öffentlichen Gebäuden, Brücken usw., überall dort, wo sie die Träger einer großen Belastung sind. Die Widerstandskraft eines Materials gegen seine Belastung nennt man seine Druckfestigkeit. Zur Ermittlung dieser belastet man einen Probewürfel des betr. Materials, bis seine Zerstörung eintritt. Alsdann wird festgestellt, wieviel Kilogramm Belastung auf 1 Quadratzentimeter Grundfläche entfielen, und die so gewonnene Zahl stellt die Druckfestigkeit dar, z. B. der Inhalt der Grundfläche des Probewürfels = 50 Quadratzentimeter, die zur Zerdrückung desselben notwendige Belastung = 25 000 Kilogramm, die Druckfestigkeit = 25 000 Kilogramm : 50 Quadratzentimeter = 500 Kilogramm.

Ueber die größte Druckfestigkeit verfügen die Basalte (2000—4000 Kilogramm), sie sind vulkanische Eruptivgesteine; Granite und Syenite (1000—3000 Kilogramm) und Sand- und Kalksteine (250—2000). Es haben also einzelne Sandsteine die Druckfestigkeit von Graniten, z. B. Cudowaer und Osterwalder 1000—1400 Kilogramm, während der Cottaer nur die geringe Druckfestigkeit von 250 Kilogramm besitzt. Im allgemeinen bewegt sich die Druckfestigkeit der Sandsteine zwischen 400 und 800 Kilogramm. Bei der Verwendung aller Gesteine rechnet man jedoch mit 10facher Sicherheit.

In zweiter Linie kommen dann die chemischen Eigenschaften der Gesteine, ihre Farbe und Wetterbeständigkeit in Betracht, hauptsächlich bei den polierfähigen Kalksteinen, dem Marmor. Bei ihm ist es vornehmlich die Farbe, das Aussehen, welches ihn zu einem begehrenswerten Objekt macht. Nur schade, daß gerade die schönsten Marmorsorten den Witterungseinflüssen am wenigsten zu widerstehen vermögen und auch die wetterfesteste Politur muß gar bald erblassen.

Preisbestimmend bei allen Gesteinen sind ihre gewerblichen Eigenschaften, ihre Gewinnbarkeit und Bearbeitbarkeit. Sind geringe oder keine Hindernisse zur Gewinnung des Materials zu überwältigen, hat das Hangende, die Gesteinswand, eine günstige Lagerung und sind außerdem gute Transportmittel, Wasserstraßen, Eisenbahnen, vorhanden, so stellt sich dieselbe natürlich bedeutend billiger, als wenn viel Abraum zu beseitigen ist und keine oder ungenügende Transportmittel zur Verfügung stehen.

Die Bearbeitbarkeit eines Materials richtet sich vor allem nach seiner Härte. Je härter dasselbe, desto stumpfer (klobiger, kulpiger) das Werkzeug, und desto steiler die Haltung (die Hantierung) desselben (kurzer Hieb). Je weicher das Gestein, desto spitzer das Werkzeug (lang ausgezogene Schmiedeschärfe) und desto schräger die Handhabung der Meißel (lange Hiebe). Die leichte Bearbeitbarkeit mancher Sandsteine ist übrigens nur auf die Weichheit der die einzelnen Quarzteilchen zusammenhaltenden Bindemittel zurückzuführen. Die Quarzteilchen selbst sind natürlich ebenso hart wie in den Hartgesteinen.

Ueber die Arbeitsweisen selbst braucht nicht viel gesagt zu werden, da sie die Leser aus eigener Erfahrung kennen. Die Bearbeitung der Steine und Gesteine beruht stets auf einem „Wegnehmen“. Man kann sie weder kneten (wie Ton), noch ziehen oder stauchen (wie Eisen). Nie läßt sich etwas einer gegebenen Größe hinzufügen, und die „schönsten“ Kittversuche bleiben eben immer nur „Kitt“. Nur in einer Hinsicht kann man der Natur etwas „nachhelfen“, indem einzelne Gesteinsarten, wie Gips, Alabaster usw., gefärbt werden können, was zu Nachahmungen echter Gesteine geführt hat. Im übrigen müssen Steine und Gesteine verbraucht werden wie sie sind.

schränkte, konnte er keine allzu großen Arbeitermassen an sich ziehen. Anders jedoch stand es schon, als man diese Verbindung von Zement, Kies und Wasser armierte, das heißt die Masse mit Eisenstäben oder -netzen versah und sie auch im Hochbau zur Deckenkonstruktion verwendete. Doch auch diese Neuerung, bei der jetzt eine andre Arbeitergruppe an die Stelle der früher tätigen Zimmerer bei Holzdecken oder Maurer bei Steindecken trat, hätte ihre Grenzen gehabt, wenn man nicht dazu übergegangen wäre, in den letzten Jahren ganze freistehende Mauerteile, ja sogar ganze große Bauten aus Beton herzustellen. Frontwände, Bögen, Gewölbe und Pfeiler, die früher nur aus Steinmauerwerk aufgeführt wurden, wenn nicht höchstens an Stelle eines Mauerpfeilers eine eiserne Säule trat, werden heute, allerdings vorerst noch vereinzelt, aus der Zement-, Kies- und Wassermasse aufgeführt, nachdem eine Bretterumschalung Maß, Form und vorläufige Stütze der einzelnen Gebäudeteile abgegeben hat. Bis 1897 war das Betonverfahren in Deutschland durch Patent geschützt und konnte erklärlicherweise deshalb nicht allzu sehr um sich greifen; seit Freiwerden desselben jedoch ist der Entwicklung des Betonbaues der allerweiteste Spielraum gegeben. Ob diese Bauweise so solide ist wie die Backsteinmaurerei, darüber bestehen allerdings noch Zweifel, der Beweis ist jedoch durch die verschiedensten und großartigsten Versuche erbracht, daß dieses Verfahren den baupolizeilichen Ansprüchen genügt, obwohl letztere sich der Ausführung von Betonhochbauten in Berlin noch bis 1906 widersetzte. Insbesondere wird ihr Umfang sich in der Folgezeit dort merklich vergrößern, wo durch reichhaltige Kieslager massenhaft ein billiges Material herangeschafft werden kann. Daher die Tatsache, daß auch auf dem konservativen platten Lande, wo man doch sonst jeder Neuerung skeptisch gegenübersteht, diese Mischungsbauweise schon ihren Einzug gehalten hat.

Welchen Umfang das Stampfen der Wände — die Betonmischung wird in die aufgeführten Holzverkleidungen hineingestampft — angenommen hat und was für Bauten auf diese Weise hergestellt werden, dafür ein paar Angaben, die dem Protokoll der Zementiererkonferenz vom 5. April dieses Jahres entnommen sind. Das große Gefängnisgebäude in Tegel, das Passagekaufhaus sowie das Hendorfsche Kaufhaus am Kottbuser Tor in Berlin sind ganz aus Beton hergestellt; in Berlin werden die großen Warenhäuser überhaupt zum großen Teile nur noch aus Beton aufgeführt. Der Maurer scheidet bei diesen Bauten als solcher fast vollständig aus, höchstens vorkommende Verblendsteinarbeiten werden von ihm ausgeführt, im übrigen sieht er sich gezwungen, so gut wie möglich in der neuen Bauweise Beschäftigung zu finden. In Stuttgart gibt es Betonbaufirmen, die Arbeiten im Werte von 400 000 Mark herstellen. In Frankfurt a. M. waren bis 1896, also so lange als der armierte Beton durch Patent geschützt war, fünf Betonunternehmen in Tätigkeit, jetzt gibt es dort 35 große kapitalkräftige Firmen. In Breslau gibt es Betonfirmen, die bis 200 Arbeiter beschäftigen und auch in der Provinz eine rege Tätigkeit entfalten. In Straßburg und Metz wurden in den letzten Jahren eine ganze Reihe Wohnhäuser aus Beton errichtet; Bahnbauten und Brückenanlagen werden dort überhaupt nur noch daraus hergestellt. Der große Museumsbau, der in diesem Jahre in München aufgeführt wurde, ist aus Beton, die Isar lieferte ein billiges Kiesmaterial. Man sieht also, in allen Gauen geht die Entwicklung der neuen Bauweise ziemlich gleichmäßig vorwärts.

Die Entwicklung des Betonbauwesens beziehungsweise seine Anwendung im Hochbau hat sich daher zu einem revolutionierenden Faktor nicht nur in der Bauindustrie, sondern auch unter der baugewerblichen Arbeiterschaft gestaltet. Denn es ergibt sich bei der Betrachtung des Vorstehenden die Frage: Wie ist das Verhältnis der Arbeiter zu dieser Umwälzung? Und da muß leider konstatiert werden, daß die Arbeiter des Baugewerbes von dieser neuen Bauweise nichts profitiert haben, ja daß sogar die Billigkeit der Herstellung solcher Bauten zum Teil durch niedere Arbeitslöhne ermöglicht wurde. Die Arbeiter, die zur Mischung des Betons sowie auch zum Aufstampfen der Gebäudeteile verwendet werden, sind zum übergroßen Teile ungelernte Arbeiter, höchstens ein oder zwei Vorarbeiter sind aus den Reihen der Maurer oder Zimmerer entnommen. Die Mehrzahl sind Bauhilfsarbeiter, die selbstverständlich einen bedeutend niedrigeren Lohn erhalten, als die Maurer sonst für das Ausführen der Mauerwände erhielten. Auch die Geschwindigkeit der jugendlichen Arbeiter kommt hier dem Unternehmer sehr zustatten, und deshalb werden sie möglichst zahlreich verwendet. Dann wieder werden vielfach Italiener zu dieser Arbeit herangezogen, die auch zumeist zu einem niedrigeren Preise arbeiten als die einheimischen Bauarbeiter; in Berlin allein rechnet man mit 800 italienischen Arbeitern, die jährlich im Betonbau tätig sind und unter dem tariflichen Lohne arbeiten. In Stuttgart erhalten die im Betonbau beschäftigten italienischen Maurer 45 bis 48 Pfg., während der ortsübliche Lohn für Maurer 58 Pfg. beträgt. Auch in Dortmund, Düsseldorf und Bielefeld und vor allem in Elsaß-Lothringen hat man es vorwiegend mit Italienern zu tun. Wie es die Betonunternehmer verstehen, die Fertigkeit, die sich die Arbeiter im Laufe der Zeit aneignen, auszunutzen, zeigen folgende Beispiele: in Berlin wurde vor fünfzehn Jahren für den Quadratmeter Eisengeflecht, das in den armierten Betonbau gelegt wird, 30 Pfg. bezahlt, heute gibt es für dieselbe Arbeit 8, 9, wenn es hoch kommt 10 Pfg. In Hamburg stellten die Firmen den Quadratmeter Deckenbeton für 14 bis 16 Mk. her, heute liefern sie die gleiche Arbeit in gleicher Qualität für 5 bis 6 Mk. Die Materialpreise sind dabei nicht billiger geworden, im Gegenteil, aber die Arbeitslöhne sind niedriger geworden, weil sich die Arbeiter inzwischen in die neue Methode eingearbeitet haben. Auch der Unternehmer arbeitet wohl mit kleinerem Gewinn, aber durch die Masse der heutigen Ausführung im Gegensatz zu früher macht er diesen Ausfall mehr als wett. In Chemnitz haben sich sogar Eisenarbeiter der Betonbranche zugewandt, wodurch die Stundenlöhne von 50 auf 42 Pfg. herabgedrückt wurden. Zu alledem ist allerorts bei den Betonbauten noch ein schlimmes Ueberstundenwesen eingerissen.

Die Unfallgefahr weist hier Ziffern auf, wie sie sonst im Baufach noch nie vorkamen. Bei einer großen Eisenbetonbaufirma in Mannheim kamen 1908 nicht weniger als 47 Unfälle auf Betonbauten vor. Die niederen Löhne, das Ueberstundenwesen, die Weglassung alles Schutzgerüstes, die vielfach fast ausschließliche Beschäftigung von jungen und ungelernten Arbeitern sind die Grundübel, die solch traurige Resultate zeitigen. Auch auf der schon erwähnten Konferenz wurde der Ruf nach Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen erhoben, für die hier ein weites Tätigkeitsfeld vorhanden wäre. Ueber die Zahl der im Betonberuf beschäftigten Arbeiter fehlt bisher noch jede einheitliche statistische Unterlage. Für Berlin haben sich folgende Zahlen über die Betonbauarbeiter ergeben: 1904 1799, 1905 3771, 1906 2036, 1907 2471, 1908 1966, 1909 2563. Die starke Zahl der 1905 Beschäftigten ist auf die gute Konjunktur des betreffenden Jahres und die niedrige Zahl des Jahres 1908 auf die Flauheit im Baugewerbe zurückzuführen. Aehnlich dürfte das Zahlenverhältnis in Hamburg liegen. Eine Statistik des Zimmererverbandes über die Zahl der im Betonbau beschäftigten Zimmerer im Jahre 1908 ergab in 147 Orten mit 408 Betonbauten 2719 Zimmerer. Die Zimmerer versehen die Umschalungsarbeiten der einzelnen Gebäudeteile; tatsächlich aber werden diese jetzt zum weitaus größten Teil von ungelernten Arbeitern hergestellt, die die gleiche Fertigkeit wie die Zimmerer erlangt haben. In Berlin rechnet man mit 400 solcher „Zimmerer". In Frankfurt a. M. waren letzten Winter 200 Maurer in der Zementbranche zu niedrigeren Löhnen als Tagarbeiter beschäftigt. Wenn man zu alledem hinzurechnet, daß auch die Zerrissenheit, welche durch die Herausschälung der neuen Berufsgruppen teilweise unter die Bauarbeiter getragen wurde, viel zur Desorganisation beiträgt, so ist der Einfluß der Betonbauweise auf die gesamte Bauarbeiterschaft als ein höchst unheilvoller anzusehen. Zur Frage der gewerblichen Grenzstreitigkeiten hat dieser Einfluß nicht wenig beigetragen, da man bei dem Durcheinander, das sich da entwickelt hatte, gar nicht mehr mit Sicherheit bestimmen konnte, wozu die einzelnen Arbeiter, gelernte und ungelernte, zu rechnen seien. Und diese Unklarheit war eines der Hauptmomente, die den Beschluß herbeiführten, die Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter zu verschmelzen. Der Eisenbetonbau verfügt noch über große Entwicklungsmöglichkeiten in Deutschland, da sich das hiesige System immer mehr an das amerikanische und englische anlehnt, und nur durch das Hineindrängen eines einheitlichen Organisationsgedankens wird es möglich sein, das wirtschaftliche Niveau dieser Arbeitergruppen zu heben.

Zur Organisationsreformierung.

Da die Zeit zum Verbandstage immer näher rückt, und die Organisierung der Hilfsarbeiter immer dringender geworden ist, so erlaube ich mir meine Meinung zu äußern. Notwendig ist es unbedingt, daß wenigstens eine niedere Beitragsklasse geschaffen wird (vielleicht zu 30 oder 35 Pfg.). Es wird uns dann auch gelingen, die Hilfsarbeiter dem Verbande zuzuführen. Denn auch wir haben mit niederen Beiträgen angefangen, sind dann aber aus Ueberzeugung in höhere Klassen getreten. Würde es aber bei dem Vorschlage des Kollegen Watzky bleiben, so würden wir in zwei Jahren eben noch so dastehen wie heute. Ich meine, wir hätten auch dann noch keine Hilfsarbeiter organisiert. Wenn die genannte Kategorie die jetzigen Beiträge bezahlen könnte, dann müßten doch unsre Gauleiter andere Erfolge aufweisen können. Aber wo ist denn der Mitgliederzuwachs geblieben? Mit einem niederen Beitrage aber, wie ich ihn vorgeschlagen habe, würden wir nicht bloß die Hilfsarbeiter, sondern auch noch eine ganze Anzahl fernstehender Kollegen gewinnen. Ein gutes Agitationsmittel ist es, wenn wir den Hilfsarbeitern hin und wieder einige Exemplare des „Steinarbeiter" geben, in denen die Frage über die Organisationsreformierung behandelt wird. Wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden sollte (was ich noch stark bezweifle), dann ist es nicht richtig, wenn es bloß heißen sollte, wer 1200—1300 Mk. verdient, bezahlt soundsoviel. **Nein, es kommt darauf an, in welcher Zeit solche Summen verdient werden.** Die Sandsteinmetzen verdienen in den Großstädten wohl sehr oft 40—60 Mk. die Woche, diese Summen können wir oft in den Granitgebieten in 14 Tagen nicht verdienen. Der großstädtische Steinmetz kann es sehr wohl in 35 Wochen auf 1200 Mk. bringen, die Granitarbeiter schuften für 900—1000 Mk. 52 Wochen.

Ich möchte nun doch auf die Statistik verweisen, siehe Nr. 48 des „Steinarbeiter". Laut Verbandsstatistik hatten 1897 Sandsteinmetzen einen Jahresverdienst von über 1200 Mk., aber nur 484 Granitsteinmetzen erreichten diese Summe. Sie haben vielleicht ohne Ausnahme das ganze Jahr Beschäftigung gehabt, um den obengenannten Verdienst zu erreichen. Die Verdienstziffern alleinig sind noch kein Beweis dafür, wie im allgemeinen die Lohnverhältnisse in der Steinindustrie beschaffen sind. **Wir müssen die Beschäftigungsdauer dabei in Betracht ziehen.** Es steht fest, daß ein Tagarbeiter in 52 Wochen nicht über 600—700 Mark verdienen kann, soll ein solcher Mann 45 Pfg. Beitrag leisten können? Wir verlangen doch bloß eine niedrige Beitragsklasse für die Berufsangehörigen, welche mit etwa 20 Pfg. Stundenlohn abgespeist werden. Daß wir im allgemeinen unsere Beiträge erniedrigen wollen, ist ein elendes Gestammel. Die Sache selbst steht doch so, führen wir keine niedrige Beitragsklasse ein, so gewinnen wir auch die Hilfsarbeiter nicht. Halten wir an der jetzigen Unterstufe des Wochenbeitrages von 45 Pfg. fest, dann ist glücklicherweise das „Prinzip" gewahrt. — Hat der Verband davon Nutzen?

Striegau. Paul Zahn.

Dringt auf Einhaltung der Bundesrats-Verordnung!

Bei der jetzigen rauhen, kalten Witterung ist es Pflicht der Kollegen, daß sie auf die Durchführung der Bundesrats-Verordnung dringen. In den meisten Steinbrüchen und Werkstätten sind geradezu miserable Unterkunftsräume vorhanden, die nicht einmal geheizt werden können. Die Unterkunftsräume sind laut § 1 täglich zu reinigen.

Nach § 4 haben die Steinhauer, Schrottschläger, Kleinschläger, Klarschläger und Pflastersteinkipper, um vor den Unbilden der Witterung geschützt zu sein, Schutzdächer zu verlangen. Diese Bestimmung wird von den Unternehmern am meisten vernachlässigt.

Wo Mißstände über die Durchführung der Bundesrats-Verordnung bestehen, ist die Gewerbeinspektion in Kenntnis zu setzen.

Von der Verrufserklärung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung.

Die Klempnergesellen des Klempnermeisters Zeglin in Berlin hatten sich verabredet, auf die von diesem beabsichtigte Lohnherabsetzung nicht einzugehen. Die Folge war die Entlassung derjenigen Gesellen, die sich an die Verabredung hielten, worunter sich auch der Klempner Hoffmann befand. Einer der Gesellen hatte die Verabredung nicht innegehalten und arbeitete auf einem Neubau in Treptow für Zeglin. Hoffmann begab sich dorthin und nannte den Wortbrüchigen ehrlos und bezeichnete ihn weiter als Streikbrecher. Darauf wurde Hoffmann, der doch im vorliegenden Falle wahrhaftig allen Grund hatte, aufgebracht zu sein, vom Schöffengericht wegen der paar Worte zu der außerordentlich hohen Strafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Beleidigung in Tateinheit mit Verrufserklärung (§ 153 der Gewerbeordnung). Das Landgericht in Berlin hielt die Feststellungen aufrecht, ermäßigte aber die Strafe auf 2 Wochen Gefängnis. Die Worte ehrlos und Streikbrecher seien beleidigend. Sie hätten zugleich den Zweck verfolgt, den Arbeitswilligen zu veranlassen, sein Versprechen den Kollegen gegenüber zu halten und sich einer Vereinbarung zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen anzuschließen. Eine solche Vereinbarung habe vorgelegen, da die Leute Zeglin (den Meister) zwingen wollten, die alten höheren Lohnsätze wieder herzustellen. Bei der Strafzumessung müsse berücksichtigt werden, daß dem Terrorismus entgegengetreten werden müsse.

Der Angeklagte legte Revision ein und sein Vertreter machte folgendes geltend: § 153 der Gewerbeordnung sei von der vorderen Instanz verletzt. Eine Vereinbarung im Sinne des § 153 müsse darauf abzielen, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Nun sei aber der Fall hier so, daß der Unternehmer bestehende höhere Löhne herabsetzen wollte. Unter diesen Umständen hätte unter anderm geprüft werden müssen, ob die Herabsetzung für eine Zeit beabsichtigt war, wo die Leute einen Anspruch darauf hatten, zu den alten Bedingungen weiter beschäftigt zu werden. Das heißt, ob die Herabsetzung für eine Zeit angekündigt wurde, wo ein vertragsmäßiges Recht auf die alten Löhne bestand. Es hätte dann nicht eine Vereinbarung zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen vorgelegen, sondern eine Vereinbarung zur Erhaltung der bisherigen, bereits durch Vertrag festgelegten Lohnbedingungen.

Das Kammergericht schloß sich dem an, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Worin die Verabredung bestand, müsse klargelegt werden. Zum Beispiel könnte sie ja auch darin bestanden haben, den Meister zu verklagen. Von einer Anwendung des § 153 könnte dann ebensowenig die Rede sein, wie in dem, vom Anwalt angeführten Falle.

Warum ich die Versammlungen nicht besuchen kann.

Der Ausreden, sich vom Versammlungsbesuch zu drücken, gibt es außerordentlich viele. Sie verdienen einmal gesammelt zu werden, damit jeder Versammlungsschwänzer sich leicht eine solche zurechtlegen kann.

1. Ich hatte zu tun.
2. Es war mir nicht wohl.
3. Ich hatte eine Verabredung.
4. Ich irrte mich im Datum.
5. Ich ging vorbei, glaubte aber, es sei ja noch niemand da.
6. Ich war zu einer Gesellschaft geladen.
7. Brachte einen Verwandten zur Bahn.
8. Ich hatte noch Besorgungen zu erledigen.
9. Ich wollte einen kranken Freund besuchen.
10. Ich habe einen Kollegen im Geschäft vertreten.
11. Ich war bei einer Hochzeit.
12. Meine Hühneraugen schmerzten so sehr; meine Füße brauchten Ruhe.
13. Ich konnte mein Mitgliedsbuch nicht finden.
14. Ich hatte dem Vorsitzenden schon gesagt, daß ich nicht kommen könne.
15. Solange Müller den Vorsitz führt, komme ich nicht.
16. Der Kassierer hat mich viel zu früh gestrichen.
17. Ich finde keinen Gefallen daran, wie die Geschäfte jetzt geführt werden.
18. Es hat ja keinen Zweck; es sind ja doch immer dieselben Leute da.
19. Außer Versammlungsbesuch habe ich noch etwas andres zu tun.
20. Meine Frau ärgert sich immer, wenn ich zur Versammlung gehen will.
21. Ich war mächtig erkältet.
22. Ich mußte mir die Zähne plombieren lassen.
23. O, gerade deshalb kam ich nicht!
24. Ich hab' zu Hause mal aufgeräumt.
25. Der Rheumatismus plagte mich wieder.
26. Ich habe mir die Ausstellung angesehen.
27. Wir hatten solch schönes Konzert.
28. Nicht weit von mir hat es gebrannt.
29. Es war keine richtige Fahrverbindung zu erreichen und zu Fuß geh' ich nicht mehr.
30. Ich hatte Schmerzen in der Seite.
31. Ich hab' es ganz vergessen, hinzukommen.
32. Mein Kollege hatte sich verschlafen.
33. Meiner Frau war nicht wohl.
34. Mein Meister war verreist.
35. Wir hatten eine Verlosung im Geschäft.
36. Ich hatte keinen Ausgang.
37. Ich hatte keine Lust, auszugehen.
38. Ich war im Theater.
39. Warum war die Versammlung nicht nachmittags?
40. In der Versammlung herrscht ja doch nur eine Clique.
41. Es war zu kalt an dem Abend.
42. Ich habe meine Beiträge bezahlt; genügt das nicht?
43. Wozu soll ich mich mit den Brüdern herumschlagen?
44. Ich wußte nicht, daß die Versammlung schon am Vormittag war.
45. Es hat ja alles keinen Zweck.
46. Das Versammlungslokal paßt mir nicht; es ist viel zu heiß darin.
47. Es wird immer zuviel Ueberflüssiges geredet.
48. Ich war viel zu sehr beschäftigt.
49. Die Versammlungen dauern mir zu lange.
50. Es geht ja auch ohne mich.

Literarisches.

Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln. Reisebriefe und Tagebuchblätter von E. Sonnemann (Jürgen Brand).

Der Verfasser ist unserer reiferen Jugend kein Fremder. Das von demselben Verfasser gleichfalls der Jugend gewidmete Buch „Ulenbrook" ist von sehr vielen Knaben und Mädchen mit Begeisterung gelesen worden. Das vorliegende Werk kann eines noch größeren Beifalls sicher sein.

Der Verfasser sagt in seiner Einleitung u. a.:

„Ueber das uralte Eisland im fernen Norden bestehen bei uns so fabelhafte und falsche Vorstellungen, daß ich damit vollauf den Zweck dieses Buches begründen könnte. Die meisten Menschen, wenn sie von Island hören, denken zunächst an greuliche Kälte und Trantrinken. Ich hoffe, daß meine Schilderungen diese falschen Vorstellungen berichtigen werden. — Aber das ist nicht der wesentliche Grund, warum ich dieses Buch geschrieben habe. Ich weiß, wie gern Kinder Reisebeschreibungen lesen, und darum habe ich die folgenden Briefe an Kinder geschrieben; zunächst an meine eignen; dann aber an alle, alle, die sie lesen wollen. Und wenn ich ihnen hiermit eine Freude bereitet habe, dann bin ich reich belohnt."

Besonderen Eindruck werden die vielen Illustrationen machen, die nach Photographien hergestellt sind, die vom Verfasser an Ort und Stelle aufgenommen wurden.

Der Preis beträgt 2.50 Mk., gut gebunden. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Von den im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheinenden „Biblische Geschichten" gelangte soeben Heft 2 „Sintflutgeschichten" zur Ausgabe.

Der Tarifvertrag im deutschen Zimmerergewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Tarifbewegung im Jahre 1908. Verlag des Zimmerer-Verbandes in Hamburg. Das Buch ist mit großer Sachkenntnis geschrieben, auch sind alle theoretischen Fragen recht populär behandelt. Die Hauptkapitel lauten: Vorwort, Geschichtliches, Statistisches, der bisherige Tarifinhalt, dies bisherige Politik des Zentralverbandes, die Tarifbewegung 1908, die Rechtsnormen, Schlußwort. —

Ein nützliches Vademecum für Techniker bildet ein kleines Vorlagenwerk, das soeben im Verlag von Otto Maier in Ravensburg erschien: Schriftensammlung für Techniker aller Art, herausgegeben von Karl O. Maier. Preis 1.50 Mk. In der in bequemem Taschenformat hergestellten Mappe sind 50 Tafeln mit 54 Alphabeten, vielen Ziffern und Beispielen von Anwendungen enthalten. Neben den gebräuchlichsten Schriften finden wir auch der modernen Stilrichtung Rechnung getragen. In einem Beiheft sind die wichtigsten Alphabete und Ziffern verkleinert wiedergegeben. Wir empfehlen das Werkchen allen Interessenten aufs wärmste.